

Unter dem Banner des Leninismus!

Die Plenartagung unseres Zentralkomitees
(Schluß)

Als ein Haupthebel zur Sammlung der proletarischen Millionenmassen im Lager des Klassenkampfes gewinnt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition immer stärkere Bedeutung. Ihre Ausbreitung, die Führung der Wirtschaftskämpfe, die Vertiefung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front und zugleich die Herausbildung selbständiger roter Gewerkschaften als Massenorganisationen, die Gelamtheit dieser Aufgaben auf dem Gebiet der RGO-Arbeit wird somit zur wichtigsten zentralen Tagesaufgabe für jeden einzelnen Kommunisten und die Gesamtpartei.

Sowohl das Referat des Parteivorstandes, wie eine Reihe von Diskussionen befaßten sich mit der bahnbrechenden Bedeutung des Ruhrstreiks und des ober-schlesischen Bergarbeiterstreiks. Die Lehren dieser Kämpfe, die Mängel und Schwächen, die bei ihnen auftraten, aber vor allem der gewaltige prinzipielle politische Erfolg, den die RGO mit diesen Streiks errungen hat, wurden aufgezeigt. Besonders der offensive Charakter unserer revolutionären Kampfstrategie, die Methode, sich nicht vom Klassenfeind das Gesetz des Handelns vorschreiben zu lassen, sondern den proletarischen Angriff überraschend anzusetzen, wurde nachträglich unterstrichen.

Einen breiten Raum nahm in der Tagung auch die Frage der bevorstehenden Betriebsräte-wahlen ein. Genosse Thälmann zeigte unsere Hauptlösungen auf: Gegen die Kapitalsoffenstee! Schafft rote Hochburgen gegen den Faschismus! Kampf der Brüning-Diktatur!

Angesichts der Millionen-Erwerbslosigkeit gewinnt unsere Arbeit unter diesen Massen eine immer größere Bedeutung. Wir müssen Depressionsstimmungen unter diesen Millionen verhindern und sie zu Sturmkolonnen der proletarischen Revolution machen. Gegen alle räuberischen Angriffe auf die Sozialversicherung müssen wir die Massen noch weitaus härter mobilisieren, als dies bisher der Fall war.

Im Kampf um die Gewinnung der proletarischen Mehrheit müssen wir eine umfassende Initiative zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus mit den parteilosen, den sozialdemokratischen und die christlichen Arbeiter entfalten. Die Voraussetzungen für die völlige Zerstückelung des Masseninflusses der SPD sind gegeben. Die gesamte Theorie der Sozialdemokratie hat völlig bankrott gemacht. Die sozialdemokratischen Arbeiter befinden sich in wachsender Radikalisierung. Wir müssen eine entschlossene Wendung zu diesen Arbeitern unternehmen, indem wir zugleich unseren prinzipiellen Kampf gegen ihre konterrevolutionäre Führerschaft vertiefen, um das Kampfbündnis mit den SPD-Arbeitern zu schmieden und sie durch unsere politische Praxis zu gewinnen. Je entschlossener wir als die einzige marxistische Partei das Banner des Marxismus entfalten, je härter wir den Kampf gegen den Faschismus unter der Fahne unseres Freiheitsprogrammes führen und zugleich das Banner des Internationalismus gegenüber der mörderischen Kriegshetze der Faschisten entrollen, wir als die einzige Friedenspartei, die, wie es in der politischen Resolution des Zentralkomitees heißt, alle Grundfragen der deutschen und internationalen Politik ohne imperialistischen Krieg, ohne Anrechnung und Bedrohung fremder Völker lösen kann, — desto unaufhaltsamer wird sich die Sammlung der Millionenmassen im Lager des Kommunismus vollziehen und damit eine Hauptvoraussetzung für den Sieg der proletarischen Revolution ausreifen. Im Kampf gegen den faschistischen Terror gilt es, die Wehrhaftigkeit des deutschen Proletariats auf ein Höchstmaß zu steigern. Der Terror der Nazis, dieser „bewaffneten Konterrevolution als Massenbewegung“, wie sie der Genosse Ernst Thälmann bezeichnete, wird durch die Entschlossenheit und Aktivität der KPD und den proletarischen Massen von den Straßen verschwinden.

Aber nicht nur im Kampf gegen die Hitlerpartei, sondern ebenso in der Verteidigung aller wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterklasse, in der Organisierung der proletarischen Gegenoffensive gegen den Hungerangriff des Kapitals, in der Massenmobilisierung der Erwerbslosen zum internationalen Kampftag am 25. Februar, in der Vorbereitung und Auslösung von politischen Massenstreiks, in der Bewegung führt die Partei ihren entschlossenen Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur. Sie allein kann den Massen den Ausweg aus der drohenden Hungertastrophe aufzeigen. Sie allein kann den Sieg des Volkes über das bankrotte System verwirklichen und damit den Grund legen für den Aufstieg zum Sozialismus.

Mit besonderem Nachdruck zeigte der Referent den klaffen Gegenatz zwischen dem Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft und dem gigantischen Vormarsch des Sozialismus in der Sowjetunion, dem Lande der proletarischen Diktatur. Die beste Verteidigung der Sowjetunion ist der revolutionäre Klassenkampf gegen die Ausbeuter, die Klassenfeinde im eigenen Lande. Der beste Schutz für die Politik des Friedens der Sowjetunion ist der Sieg der Arbeiterklasse in Deutschland. Diese Verbundenheit der deutschen proletarischen Bewegung mit dem Proletariat der Sowjetunion und die bedingungslose Zustimmung zu den gefassten Beschlüssen brachte das Zentralkomitee auch demonstrativ durch ein Begrüßungstelegramm an das Zentralkomitee unserer russischen Bruderpartei zum Ausdruck.

Für die umfassenden Aufgaben, die das Zentralkomitee der Partei stellt, ist die unerlässliche Voraussetzung eine solide politische Schlagfertigkeit und innere Mobilisierung unserer Partei. Hierzu gehört der Ausbau eines festen Systems der revolutionären Vertrauensleute in den Betrieben zur Stärkung und Erweiterung der Arbeit unserer Zellen und Zellen. Hierzu gehört die Schaffung eines besonderen, geschulten und zuverlässigen Funktionärskörpers für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Hierzu gehört die Herausbildung solcher neuen Einheitsfrontorgane, wie es die antifaschistischen Delegiertenkonferenzen und die örtlichen und bezirklichen Aktionsausschüsse gegen den Faschismus sind. Mit ernster kritischer Beleuchtung zeigte Genosse Thälmann in der Plenartagung des ZK neben den Fortschritten auch die Mängel und Fehler unserer Parteiarbeit auf und wies zugleich die Wege zu einer kameradschaftlichen Erziehung der Partei für ihre höheren Aufgaben.

Die Lösungen, die das Zentralkomitee der Partei in seinen politischen Beschlüssen herausgibt, um die Massenbasis der revolutionären Klassenfront in Deutschland zu erweitern, legen Zeug-

Neue Enthaltungen über die Schupo

5000 Unternehmer-Autos für Hörning

Die Diskussion auf der Düsseldorf-Geheimkonferenz des Reichsbanners

Essen, 21. Januar. Das „Ruhr-Echo“ leit seine Veröffentlichungen über die Geheimkonferenz des Reichsbanners in Düsseldorf, am 4. Januar, die bisher von seiner Seite abgetritten, von einigen SPD-Zeitungen sogar zugegeben wurden, mit der Bekanntgabe der Diskussion fort.

Als erster Diskussionsredner trat ein Dr. Seymann im Auftrag des Deutschen Auto-Klubs e. V., der mitteilte, daß er in der Lage sei, dem Reichsbanner Schwarzrotgold 5000 Autos zur Verfügung zu stellen, wenn sie „im Falle der Gefahr für die Republik“ benötigt würden. Damit sei die verkehrstechnische Seite der Mobilisierung des Reichsbanners in jeder Hinsicht gelöst.

Derselbe Dr. Seymann warf dann weiter die Frage auf, ob auch schon Vorseure getroffen sei, daß bei den sich verschärfenden Kämpfen sofort eine Sanitätshilfe (!) in Funktion tritt. Er fragte, wie weit schon Verbindungen mit gleichgesinnten Kreisen beständen, damit unverzüglich Sanitätspersonal mobilisiert werden könnte.

Im Verlaufe der weiteren Diskussion erklärte ein anderer Sprecher, daß auch die christlichen und freien Gewerkschaftsorganisationen mobilisiert werden müßten. Vorbedingung sei aber, jede Oppositionsbewegung zu erledigen damit nicht, wie 1918 bis 1920, wieder die Gewerkschaften über der Parteiführung entglitten.

Die großen Erfolge der RGO

Sie werden von den Christen mit Besorgnis zugegeben

Der „Deutsche“ die Zeitung der christlichen Gewerkschaften, schreibt in seiner heutigen Nummer vom 22. Januar über die Erfolge der Revolutionären Gewerkschaftsopposition: „Trotz allem, was uns trennt, ist der innere Niedergang der sozialdemokratischen Gewerkschaften zugunsten der Kommunisten auch von unserem Standpunkt aus zu bedauern... Kein Ablehnungsversuch der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse kann über die Tatsache hinwegtäuschen, daß das radikale Element im Wachstum begriffen ist. Es vollzieht sich der Abfall alter Anhänger der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung.“

Reichsbannerwaffen gegen wen?

Die Schupo eine Filiale der Schupo — Eine Bannbulle Hörnings gegen „oppositionelle Genossen“

Während die Führer der SPD und des Reichsbanners längst ihren Frieden mit Brüning und seiner Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur geschlossen haben, geht das Ringen der SPD-Arbeiter um eine klare antifaschistische Front weiter.

Die sozialfaschistischen Führer sind nicht talentlos. Raffiniert, wie diese Rurschen sind, nutzen sie die antifaschistische Stimmung ihrer Mitglieder aus, um unter dem Vorwand des „verschärften Kampfes gegen den Faschismus“ ihre Bürgerkriegsvorbereitungen gegen den wirklichen Feind der von den SPD-Führern unterrichteten Young-Politik, nämlich die revolutionäre Arbeiterklasse und Kommunistische Partei, zu treffen. Wie wir zuletzt aus Eilen melden konnten, hat in Düsseldorf eine Geheimkonferenz der Traktierer des westdeutschen Reichsbanners stattgefunden, auf der man nicht nur die Schaffung von Bürgerkriegsorganisationen, der sogenannten „Schupo“ und anderer Formationen, besprochen hat, sondern auch über ihre Bewaffnung. Unsere heutigen Berichte ergänzen diese Mitteilungen.

Der „Vorwärts“ bezichtigte uns förmlich des Verrates miltärischer Geheimnisse, weil wir die „ganze legale“ Bewaffnung des Reichsbanners aus Beständen, die man doch nicht erraten braucht, enthielten.

Wir erlauben uns die Frage an die SPD-Führer: Würden sie schweigen, wenn ihnen konkrete Fälle bekannt wären, wo die kommunistische Partei oder die revolutionäre Arbeiterklasse sich gegen den Faschismus bewaffnet?

Natürlich nicht. Sollen wir an frühere Denunziationen der SPD-Presse erinnern und an die Reden Seeverings im Reichstag, wo er sich von der Bourgeoisie als Entwaffner des revolutionären Proletariats feiern ließ?

Wenn schon über Bewaffnung gesprochen wird, was wir durchaus begrüßen, so ist dem „Vorwärts“ auf seine Beschuldigung zu antworten, daß wir bekanntlich nicht gegen, sondern für die Bewaffnung der Arbeiter sind und für die Entwaffnung der Faschisten durch die Arbeiter. Wir sind sonar für die Bewaffnung sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter, soweit sie sich nicht in den Dienst der Konterrevolution stellen. Am Gegenatz zu Herrn Hörning, der nach der blutigen Niederwerfung des mitteldeutschen Aufstandes 1921 die Arbeiter entwaffnete. Es ist daher nicht anzunehmen, daß unter der Leitung desselben Hörning, des heutigen Bundesführers des Reichsbanners, jetzt die Arbeiter wieder bewaffnet werden sollen.

Die Bewaffnung bestimmter Formationen des Reichsbanners hat nichts mit der Bewaffnung der Arbeiter gegen den Faschismus zu tun. Das bestätigt uns Herr Hörning selbst, der in einer geheimen Anweisung an die Gauleitungen, die in unsere Hände geraten ist, ausdrücklich festlegt,

das „oppositionelle und politisch unzuverlässige Genossen“ nicht in die Schupo eingegliedert werden und keine Waffen erhalten dürfen.

Genau wie früher beim Kommiß gibt es also im Reichsbanner bereits „unzuverlässige Elemente“, die nur zum „Schipperdienst“ als Arbeitskommando Verwendung finden und vom Kampfdienst ausgeschlossen sind. Das zeigt die Klassenfeindlichen Ziele der Sozialfaschisten bei ihrer jetzigen Bewaffnungsaktion,

nis ab von dem fähnen Offenherzigkeit, der uns beherrscht. Die Verdoppelung der Mitgliederzahl der Partei und des kommunistischen Jugendverbandes, die Liquidierung der SAJ und des Masseninflusses der SPD — das sind die Aufgaben, die sich die KPD unmittelbar für ihre Arbeit in der jetzigen Entwicklungsphase stellt. Daß eine so fähne Aufgabenstellung erfolgen kann, ohne daß die Partei das Maß des wirklich Erreichbaren überschreitet, zeigt am besten den revolutionären Aufschwung, den Vormarsch der Partei.

Die Plenartagung des Zentralkomitees wird dieser großen proletarischen Offensive einen mächtigen Aufstuf verleihen und zugleich die marxistisch-leninistische Klarheit in den Reihen der Partei, ihr theoretisches Niveau, aufs stärkste vertiefen. Die beispiellose innere Geschlossenheit der Partei, ihre unverbrüchliche Verbundenheit mit den Massen, ihr Zielbewußtsein und ihre feste Entschlossenheit, — alle diese Merkmale, die auf der Sitzung des Zentralkomitees leuchtend in Erscheinung traten, beweisen zugleich, daß wir uns, geführt im Geiste des Marxismus-Leninismus, dem Tag unseres unaufhaltbaren Sieges nähern, als die Partei des deutschen Proletariats.

denen es nur darauf ankommt, Erschüttaillone für die bewaffnete Macht des kapitalistischen Staates zu schaffen. Während des Ruhrstreiks wurde dafür der erste praktische Beweis angetreten, denn bekanntlich, und von der SPD nicht widersprochen, haben Schupo und Schupo sich gemeinsam an der Besetzung von Schachtanlagen beteiligt.

Es ist im Endeffekt gleichgültig, ob Hörning „zuverlässige Republikaner“, d. h. proletarische Reichsbannermitglieder, deren Klassenbewußtsein ausgeblüht ist und die in der Polizei ihres Genossen Seevering eine neue Arbeitsstelle suchen, dem preußischen Polizeiminister für seine Schupo empfiehlt und zu-leitet, wie es täglich geschieht, oder ob Herr Hörning durch seine Schupo gleich eine Filiale der Schupo bildet, Schupo oder Schupo, es ist wirklich nur ein Buchstabe, der diese beiden Organisationen voneinander äußerlich unterscheidet.

Der Kampf der Arbeiterklasse geht in gleicher Weise gegen das kapitalistische System, seinen Staat und heute insbesondere gegen den bewaffneten Faschismus. Es ist eine bewußte Irreführung der Arbeiter, wenn dieselben SPD-Führer, die mit Brüning durch die und dünn gehen, deren Politik dahin geführt hat, daß heute der Faschismus eine solche Gefahr geworden ist, die gemeinsam mit den Faschisten die Streikämpfe der Arbeiter abwürgen, sich den Ansehen geben, als würden die Waffen des Reichsbanners der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Faschismus zugute kommen. Die Arbeiterschaft hat daher alle Ursache, die Bürgerkriegsvorbereitungen der SPD-Führer, die sich ausschließlich gegen sie richten, aufs genaueste zu verfolgen. Und wir halten es für unsere Pflicht, jede Bewaffnungsaktion sowohl der Faschisten als auch des Reichsbanners der Arbeiter-öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Sie wird daraus die entsprechenden Lehren ziehen.

Produktionsrückgang und Massenentlassungen

Der gesamten Belegschaft der Meidericher Hütte, die den „Vereinigten Stahlwerken“ in Bochum gehört, ist gekündigt worden. 3500 Arbeiter werden dadurch arbeitslos. Außerdem wurde die Grube „Vereinigung“ der „Vereinigten Stahlwerke“ bei Rahmwinfel (Sieg), die größte und beste in gerichtete Grube des Siegerlandes mit 17000 Tonnen monatlicher Erzförderung und 800 beschäftigten Bergleuten stillgelegt.

Die Maximilianshütte in Unterwellenborn (Thüringen) hat nahezu den ganzen Betrieb stillgelegt, darunter drei Hochöfen mit einer jährlichen Leistungsfähigkeit von 140000 Tonnen Roheisen. Der Betrieb des Thomasstahlwerks und des Walzwerks wurde ebenfalls eingestellt. Bemerkenswert ist, daß sämtliche Anlagen erst vor kurzer Zeit mit großem Kostenaufwand modernisiert und ausgebaut worden sind.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten“ gibt bekannt, daß die Abnahmehemmnisse des Maschinenbaus im Jahre 1930 noch weit größer gewesen sind als im Jahre 1929. Der Produktionsrückgang betrug 27 Prozent der Produktion des Vorjahres. Während von den in früheren Jahren beschäftigten Arbeitern im Jahre 1929 noch 68 Prozent beschäftigt waren, ging der Beschäftigungsgrad auf 42 Prozent im Jahre 1930 zurück. 75 Prozent aller Arbeiter der Maschinenindustrie arbeiten stark verdrängt.

Die Zementindustrie teilt mit, daß das Abfahrgesamt des Jahres 1930 nur 5 1/2 Millionen Tonnen gegenüber 7 Millionen im Jahre 1929, also 1 1/2 Millionen weniger betrage.

Das Berliner Bankhaus Laupenheimer & Co. hat seine Zahlungen eingestellt und als Ursache dafür den katastrophalen Kurssturz der Bergwerkaktien angegeben.

Diese wenigen Meldungen, die täglich ergänzt werden können, bekräftigen die Krise des Kapitalismus und die ungeheuren Abnahmehemmnisse in Deutschland, wie sie in der Resolution des Zentralkomitees der KPD zur politischen Lage festgestellt wurden.

Ein provokatorisches Dokument

Die Fish-Kommission will die Lage der Arbeiter in der Sowjetunion „untersuchen“

New York, 21. Januar 1931. Die Fish-Kommission vertritt dem Kongress ihren Bericht. Sie schließt die Säule der revolutionären Bewegung (Kommunistische Partei und Rote Gewerkschaften) in den Vereinigten Staaten auf 600 000. Die Kommission erklärte, daß sowohl die Sowjetunion bemüht sei, die Revolution in den Vereinigten Staaten vorzubereiten, die Amtorg dazu nicht als Mittel benutzt war. Die Whalen-Dokumente sind gefälscht.

Die Kommission schlägt vor, die Kommunistische Partei und die revolutionären Gewerkschaften zu verbieten, ein Landesespionagebüro gegen dieselben einzurichten, die revolutionären Ausländer auszuweisen, ihnen die Bürgerrechte abzuziehen, ihnen die Naturalisierung zu untersagen, revolutionäre Presse- und Literaturerzeugnisse sowie Gerichte über Verbrechen in den Vereinigten Staaten zu verbieten, eine Kommission (1) nach der Sowjetunion zu entsenden, die die Lage der Holzarbeiter zu untersuchen hat, schließlich die Einfuhr von Mangan aus der Sowjetunion zu untersagen.

Die gestrige „Pravda“ schreibt zum Bericht der Fish-Kommission unter anderem:

Unter der ungeheuren Menge sowjetfeindlicher Dokumente der letzten Zeit kann man kaum ein niederträchtigeres, zynischeres Dokument finden, als den soeben bekanntgegebenen Bericht der vom Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten eingesetzten Fish-Kommission. Die Kommission Fish wurde angeführt der brüchigsten „Enthüllungen“ des ehemaligen Chefs der New Yorker Polizei, Whalen, ernannt. Auch die Kommission Fish hat zugeben müssen, daß die Dokumente Whalens gefälscht waren. Ein Mitglied der Kommission, der bürgerliche Parlamentsabgeordnete Nelson, erklärt direkt, daß die Dokumente Whalens gefälscht seien und daß sie vielleicht von den monarchistischen Emigranten fabriziert wurden.“ Selbst die Kommission Fish sagt in ihrem Bericht, „daß keine maßgebenden und rechtsgültigen Beweise dafür vorliegen, daß die Amtorg (die Sowjetische Handelsvertretung) als Körperschaft mit der jetzigen Tätigkeit in den Vereinigten Staaten verbunden sei.“

Somit sind alle Behauptungen, die die Kommission Fish ins Leben gerufen hatte, endgültig und wie ein Kartenhaus zusammenstürzt. Worauf läuft nun der Bericht der Kommission Fish hinaus? Die Kommission war bestrebt, die internationale Antisowjetkampagne „mit dokumentarischen Grundlagen“ zu versehen und somit die Interventions- und Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion zu unterstützen. Im Bericht wie in ihren Vorträgen verfolgt die Kommission Fish zunächst innerpolitische Ziele. Mit der „Prosperita“ ist es endgültig vorbei, die Arbeitslosigkeit wächst, die Löhne sinken, die Farmer werden ruiniert, der Klassenkampf verschärft sich. Sieben bis acht Millionen arbeitslose, verhungende Arbeiterbewegung, wachsende Arbeiterbewegung im Süden, jähes Sinken der Lebenshaltung der Betriebsarbeiter, Verschärfung der Wirtschaftskrise — all das ist für die Lage in den Vereinigten Staaten bezeichnend. All dies bereitet den Boden für die Revolutionierung der Massen und für ihr wachsendes Vertrauen zur Kommunistischen Partei. Die Kommunistische Partei zu einem illegalen Dasein verurteilen — das ist eines der Ziele der Kommission Fish.

Die amerikanischen und kanadischen Holzhändler, die an einer Steigerung der Anthrazit- und Manganerzpreise interessiert sind, wandten sich wiederholt gegen die recht beschuldene und unbedeutende Sowjeteinfuhr nach den Vereinigten Staaten. Diese ihre Veruche hatten aber bisher keinen Erfolg. Die Kommission Fish unternimmt nun einen neuen Versuch. Durch das Märchen vom „Sowjettumping“ sucht sie diese Farmergruppen für sich zu gewinnen. Der unterschämte und alberne Antrag betrifft die „Unterstützung der Arbeitsbedingungen“ in der Sowjetunion soll lediglich provokatorischen Zwecken dienen.

Wächte nicht die Kommission Fish die Gronarbeit der Arbeiter im Süden und überhaupt die Arbeitsbedingungen der Arbeiter in den Vereinigten Staaten untersuchen? Wächte sie sich nicht die Lage der amerikanischen Erwerbslosen näher ansehen? Wächte sie nicht die Lage der Arbeiter auf den Lateinamerikanischen Plantagen des Nordamerikanischen Kapitals untersuchen.

Rüstet zum internationalen Kampfaufmarsch am 25. Februar!

Hungermärsche in den Vereinigten Staaten

Arbeitslosendemonstrationen und Zusammenstöße im ganzen Lande

St. Neuyork, 21. Januar. Die aus den Staaten einströmenden Meldungen lassen erkennen, daß es sich bei den Aushebungen der Arbeitslosen um eine Massenbewegung handelt. Außer dem Zwischenfall in Ollahoma werden aus zahlreichen Städten der Vereinigten Staaten Arbeitslosendemonstrationen gemeldet.

In San Francisco bildeten Tausende von Arbeitslosen einen riesigen Demonstrationenzug, der zum Rathaus zog, wo Massensprechere in Aktion traten, indem sie riefen: „Geht ans Brot und Arbeit!“ Die Polizei griff verschiedene Male ein, da die Arbeitslosen die Polizeiketten zu sprengen versuchten. In Haverhill im Staate Massachusetts und in Brunswick im Staate Newyork verließen die Kundgebungen ruhig. In Newyork selbst, wo die Demonstration vor das Rathaus zog, kam es zu heftigen Zwischenfällen.

Besonders vermerkt ist die Lage der Arbeitslosen im Staate Arkansas, wo Hunderttausende von Personen mittellos sind. Es kam wiederholt zu Hungerrevolten und Zusammenstößen mit der Polizei.

„Brot und Arbeit“

Arbeitslosenmarsch in Budapest

U. Budapest, 21. Januar. Am Mittwoch versammelten sich auf der Ringstraße etwa 400 Arbeitslose und begannen „Brot und Arbeit!“ zu rufen. Die Polizei trieb die Menge auseinander, die sich aber an einer anderen Stelle des Ringes wieder ansammelte. Die Polizei griff wieder ein und verhaftete eine große Anzahl der Kundgeber. Trotz der Maßnahmen der Polizei dauerte die Kundgebungen weiter an.

400 politische Gefangene im Hungerstreik

Die wachsende revolutionäre Bewegung in Litauen

Kowno, 21. Januar 1931 (eigener Bericht). Seit dem 15. Januar stehen reiflos alle politischen Gefangenen — über 400 — in allen Mostern des litauischen Faschismus im Hungerstreik. Das Zentralkomitee der Roten Hilfe Litauens appelliert in einem Aufruf an die Werktätigen der Welt, flammenden Protest gegen die unsäglichen Martern an revolutionären Arbeitern in den litauischen Kerzern zu erheben. Ueber die Gründe, die die politischen Gefangenen Litauens zu diesem letzten Mittel ihres Kampfes gegen den faschistischen Justizterror haben greifen lassen, werden von der Roten Hilfe folgende Angaben gemacht:

Die proletarischen politischen Gefangenen sitzen in unerträglich dichter Luft, zu 20 bis 30 in Zellen eingesperrt, die im Höchstfall für 4 bis 6 Personen berechnet sind. Ohnmachtsanfälle, Infektionen sind an der Tagesordnung. Der Rundgang außerhalb der Zelle beträgt täglich nur eine halbe Stunde. Die Ernährung ist miserabel. Sie besteht lediglich aus 400 Gramm altem harten Brot und Kohn- oder Erbsensuppe. Von Wärmern durchdrungenes Fleisch wird nur gelegentlich faschistischer Feiertage gegeben. In einem halben Jahre ist auch der körperlich stärkste Proletarier von diesem mörderischen Strafvollzug völlig ruiniert. Die Hälfte aller proletarischen politischen Gefangenen sind bereits an Tuberkulose schwer erkrankt. In den gemeinsamen Zellen infizierten die Kranken die noch Gesunden. Vergleichliche Hilfe gibt es nicht, es sei denn, daß politischer Vergehen wegen eingeleitete Arbeiter von Kerzern zur Erprobung neuer Operationsmethoden als Versuchskaninchen gebraucht werden.

Der neue verschärfte Justiz- und Justizhausterror gegen alle revolutionären Arbeiter ist die Antwort des Faschismus auf den verstärkten Kampf der litauischen Arbeiter, die sich energig gegen die Bündnispolitik des litauischen und polnischen Faschismus, der sich gemeinsam zum Kriege gegen die Sowjetunion vorbereitet, wenden.

Die Justizhausverwaltungen versuchen, den Hungerstreik unserer eingeleiterten litauischen Klassenbrüder im Blut zu erstickten. In Kowno wurden die politischen Gefangenen grausam mißhandelt, dem Genossen Maokas sämtliche Zähne eingeschlagen.

Der Hungerstreik geht weiter! Unterstützt diesen Kampf der proletarischen politischen Gefangenen Litauens. Sendet aus den Arbeiterversammlungen, Betrieben und Stempelstellen Protestresolutionen gegen die Henker des litauischen Proletariats und sendet sie an die Rote Hilfe, Berlin, Dorotheenstr. 77/78 und an das litauische Generalkonsulat, Berlin. Kämpft mit der Roten Hilfe gegen die weiße Bestie des faschistischen Terrors

15 Prozent Lohnabbau

London, 20. Januar. Die Vorschläge der englischen Eisenbahngesellschaften für eine allgemeine Lohn- und Gehaltskürzung sind dem nationalen Lohnamt zugegangen. Die Einsparungen, die die Gesellschaften bei den Arbeiterlöhnen machen wollen, werden von ihnen auf 5 1/2 Millionen Pfund jährlich beziffert, während sie bei den Beamtengehältern entsprechende Einsparungen in Höhe von anderthalb Millionen Pfund vornehmen würden.

Die von den Gesellschaften geforderten Lohn- und Gehaltskürzungen gehen zum Teil über 15 Prozent hinaus. Außerdem sollen sie mit einer Verschlechterung der Arbeitszeit verbunden sein. Die Gewerkschaften haben gegen diese Vorschläge Protest eingereicht.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tokunaga

Vertriebt von Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

18. Fortsetzung.

Es war allen geklärt wie die Daten des Kalenders, daß der Finanzminister, der reiche Ojaka, Generaldirektor des großen Misubuchi-Konzerns, mit dem dicken, breiten Gesicht, dem schwarzen glänzenden Schnurrbart, stinkend nach der Schminke seiner Dienstmädchen und Freundinnen, mit den rücksichtslosen und verschlagenen Zügen, sein Geld in den Ankauf des Terrains für den Hafenbau gesteckt hatte. Dieser Generaldirektor und Finanzminister hatte vor einigen Wochen plötzlich (so bachten wenigstens die Massen derer, die nicht aufpassen verstanden) in allen großen Zeitungen Japans ein neues Wirtschaftsprogramm proklamiert.

„Die Vernachlässigung und Undurchsichtigkeit der Finanzen in den verschiedenen Handels- und Industrieunternehmen unserer Kleinen- und Mittelunternehmer nach dem Weltkrieg machten strengste Rationalisierung und Liquidation unumgänglich. Trotzdem schien das große Erdbeben in Tokio und Umgebung vom September 1923 den Mittel- und Kleinunternehmern noch einmal die Möglichkeit eines neuen Aufschwungs zu geben. Diesen Zusammenbruch der Finanzen durch eine nachlässige und künstlich gehaltene Wirtschaftspolitik hat jetzt das Seisufai-Kabinett auszubaden. Das ließ die drohenden Gefahren immer schneller wachsen. Trotz der häufigsten Warnungen unserer Kensefai-Partei brachte diese gedankenlose Art des Wirtschaftens unserer Kleinen- und Mittelindustriellen nur ein trauriges Moratorium.“

Unsere Regierung wird nicht nur durch die Finanzengpässepolitik eine unserer drei großen Grundlinien antreiben, um unsere traurige Finanzlage zur Gesundung zu führen, sondern auch für die bankrotten Banken und ihre Depositen Richtlinien aufstellen.“

Die Kensefai stützte sich auf die Industrie und den Handel in den Städten ganz Japans. Die Proklamation der Regierung mußte innerhalb dieser Partei große Erschütterungen hervorzulufen.

Über diese Proklamation wurde schon nach einer Woche ein leeres Schreckgespenst, weil das Kabinett zurücktreten mußte. Nach dieser Proklamation schien der Grund des Moratoriums letzten Endes die gedankenlose Vernachlässigung der Finanzgeschäfte der Mittel- und Kleinunternehmer zu sein.

„Macht keinen Quatsch!“ sagte Tatsuo, der lustig seinen Mantel über die Schulter gelegt hatte.

Im Zimmer waren fünf Männer, der junge Tomijian, der für die Streikleitung Kurierdienste tat, hatte eben eine Extrausgabe von draußen hereingebracht.

„Was soll das bedeuten?“ fragte der nette, intelligent aussehende Junge eifrig. Er war Schriftsetzer.

„Die prinzipielle Schuld trägt natürlich das Großkapital. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen. Den ersten Stoß gab die Krise in Handel und Industrie, das heißt die Überproduktion, und die unmittelbare Ursache des katastrophalen Bankrotts war, daß die Großen ihren Beutel zusperrten“, erklärte Tatsuo, das Extrablatt auf den übereinandergegeschlagenen Beinen. Dieser Mann mit dem vollen, fast weiblichen Gesicht und der hohen Stimme war einer der tapfersten Kämpfer in der Leitung des Gewerkschaftsrates der Provinz Kanto.

Es war so still im Zimmer, daß man hätte glauben können, es sei schon spät am Abend. Das Zimmer lag in der ersten Etage, ein Kellamenschild des Restaurants verdeckte das Fenster gegen die Straße hin, auf der die elektrischen Bahnen vorbeizurrten. Gegenüber dem Fenster war in der Wand ein schmaler Durchlaß. Durch einen kleinen Eingang kam man vom Zimmer über eine schmale Treppe und durch die Hintertür des Restaurants ganz unerwartet auf einen alten Friedhof mit einem Buddha-Tempel, durch eine andere kleine Pforttür konnte man in ein kleines Zimmer des im Erdgeschloß liegenden Restaurants gelangen.

Sagen wir also ruhig, daß dieser etwa vier Quadratmeter große Raum, dessen einziger Schmuck ein paar schlechte Oelbilder waren, eben jener Raum war, in dem der Besitzer des Restaurants seine Mädchen ihre besonderen Einnahmen machen ließ.

Die Gestirter aber, die man jetzt in diesem Raum sehen konnte, pakteten nicht zu diesen Dingen und gaben dem jungen Zimmer ein groteskes Aussehen.

Wollte man hierher, war es geboten, sich an der Mauer des Friedhofes oder beim Eingang des Restaurants des Fsteren umzusehen, ob einem niemand auf der Spur sei; deshalb wurde auch in dieser Kammer nur leise gesprochen. Von der Existenz dieses Zimmers wußten überhaupt nur ganz zuverlässige Leute.

Kasai und Watamasa sahen sich an einem kleinen Tisch gegenüber und zeichneten ungeschickt an einer Landkarte.

„Sag mal, wer wird deiner Meinung nach das nächste Kabinett bilden?“ fragte Tatsuo plötzlich Watamasa.

„Ja, das wäre zu überlegen.“

Watamasa hob den Kopf und sah den andern an. Er mochte an die dreißig sein, hatte ein spitzes, vorgeschobenes Kinn, einen gestutzten Schnurrbart und war sehr mager. Tiefe Falten in der Stirn machten ihn älter als er war, aber alle seine Bewegungen verrieten rücksichtslose Energie. Er trug japanische Kleider mit schmalen Ärmeln.

„Ich denke Sibirien...“

„Du also auch —?“

Die Person, die in ihrem Kreise den Spitznamen „Sibirien“ trug, war natürlich General Tanaka, der Vordirektor der Seisufai-Partei, der, wie jedermann wußte, die Verantwortung für die Militärexpedition nach Sibirien trug und Mittelpunkt der Korruptionsaffäre in der Armee war.

„Ich denke auch“, hob Kasai — Kerkhaft „der lange Frühlingstag“ genannt — seinen langen Oberkopf vom Tisch auf.

Seit Beginn des Streiks der Daldo-Drucker hatte noch niemand von den Streikenden dieses Dreieckern in der Leitung des Gewerkschaftsrats auch nur einen Augenblick zu Gesicht bekommen.

Ueber einen Monat lebten sie schon in dieser kleinen Kammer im Verwaltungsbereich Koshikawa. Nur sehr wenige wußten davon, und man warf ihnen bereits vor, ihrer Sache untreu geworden zu sein.

„Wenn es Sibirien wird, dann gibts was“, brummte Watamasa und beugte sich wieder über seine Karte.

„Da, ha.“ Tatsuo lachte grimmig, wie immer, wenn er auf einen besonders gefährlichen Gegner traf.

In diesem Augenblick klopfte es an die Tür — dreimal, das verabredete Geheimzeichen.

(Fortsetzung folgt)

* Partikularpartei, sel. Kabinett

Rund um den Erdball

Goldmacher Tausend verspricht neue Enthüllungen

Goldgutscheine gaben wir für Bargeld

Nationale Firma Küchenmeister um den letzten Hofenträger geprellt — Betrugsanschlag auf Arbeitslose

Der dritte Tag

München, 21. Januar. Der Eindruck, daß Franz Tausend, der ehemalige Speerträger mit dem hemmungslosen Erfinderspleen, erst durch die Goldgier des Generalgoldmarchanten Lubendorff und der anderen nationalen und reaktionären „Wirtschaftsführer“ zum Betrüger wurde, verstärkt sich immer mehr. Der dritte Verhandlungstag wurde ebenfalls noch völlig von Tausends Vernehmung ausgefüllt.

Nach der Erklärung des Angeklagten wurde der Sitz der „Studiengesellschaft Tausend“ im Frühjahr 1927 in die Fabrik der vom Rathenau-Mord her bekannten Familie Küchenmeister verlegt. Angeblich, weil in dieser Gegend Erze gefördert wurden, in Wirklichkeit aber hatten die Küchenmeister bereits ihr gesamtes Vermögen für die nationale Alchimisterei geopfert. Sie mußten also wieder saniert werden. Wörtlich sagte Tausend: „Sie hatten keinen Hofenträger mehr!“ Küchenmeisters Firma wurde also kurz vor der Zwangsversteigerung für einige Hunderttausend Mark durch die Studiengesellschaft Tausend erworben.

Tausend, ein braver Soldat

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kommt der Vorsitzende auf ein Experiment zu sprechen, das am 27. Mai 1927 ausgeführt wurde und bei dem aus 29 Gramm Metall angeblich 20 Gramm Gold gewonnen worden sein soll.

Tausend: „Was heißt hier Gold? Von Gold reden immer nur die Laien, das war nur gut vorbereitetes Metall.“

Vorsitzender: „Weshalb haben Sie eigentlich nicht auf eigene Rechnung Gold gemacht?“

Tausend: „Was sollte ich tun? Ich war Soldat, Infanterist, Landwehrmann, und stehe plötzlich einem General gegenüber.“

Jeder sein eigener Goldmacher

Ueber den Verbleib verschiedener Depots verweigert der Angeklagte Tausend entschieden die Auslage. Doch bleibt er dabei, aus 750 Gramm Blei 725 Gramm Gold herstellen zu können. Danach gibt der Betrüger einen Plan bekannt, der, wenn er ausgeführt worden wäre, die Vermissten der Armen, nämlich die Arbeitslosen, geschädigt hätte. Tausend hatte nämlich die Absicht, durch Verteilung kleiner Goldmacher-Apparate Arbeitslosen Gelegenheit zu geben, in ihrer Wohnung das Gold selbst herzustellen. Zweifellos wären auf diese Weise: „Jeder sein eigener Goldmacher!“ zahlreiche Leichtsinnige herein gefallen.

Wie Nazi-Buckeley sich gesund machte?

Bei der Vernehmung des Angeklagten über einzelne Betrugsfälle gibt Tausend zu, sogenannte Gold-Gutscheine für gezahlte Darlehen ausgegeben zu haben.

Vorsitzender: „Die Scheine waren doch ganz ohne Deckung.“

Tausend: „Das war doch ganz gleichgültig, meine Gutscheine waren mindestens mehr wert, als die alten 1000-Mark-Scheine.“

Vorsitzender: „Warum haben Sie dann die Goldscheine nicht zurückgefordert?“

Tausend: „Ach, das waren doch nur Kleinigkeiten.“

Dem Nazi-Rechtsanwalt Dr. Buckeley, der bekanntlich vor diesem Prozeß und seiner Blamage ins Ausland geflüchtet ist, belag für etwa 80 000 Mark Goldgutscheine. Wie Tausend aber behauptet, habe er dafür seinen Pfennig eingezahlt. Andererseits aber hat es diese Ziewe aus dem „Dritten Reich“ verstan-

Die Benediktenwand



Unser Bild zeigt den Schauplatz der an anderer Stelle dieser Seite geschilderten Lawinen-Katastrophe bei Bad Tölz im Karwendelgebirge.

den, diese für „naß“ erworbenen Anteile mit 80 000 Mark in das an eine Wiener Interessengruppe zu verschahren.

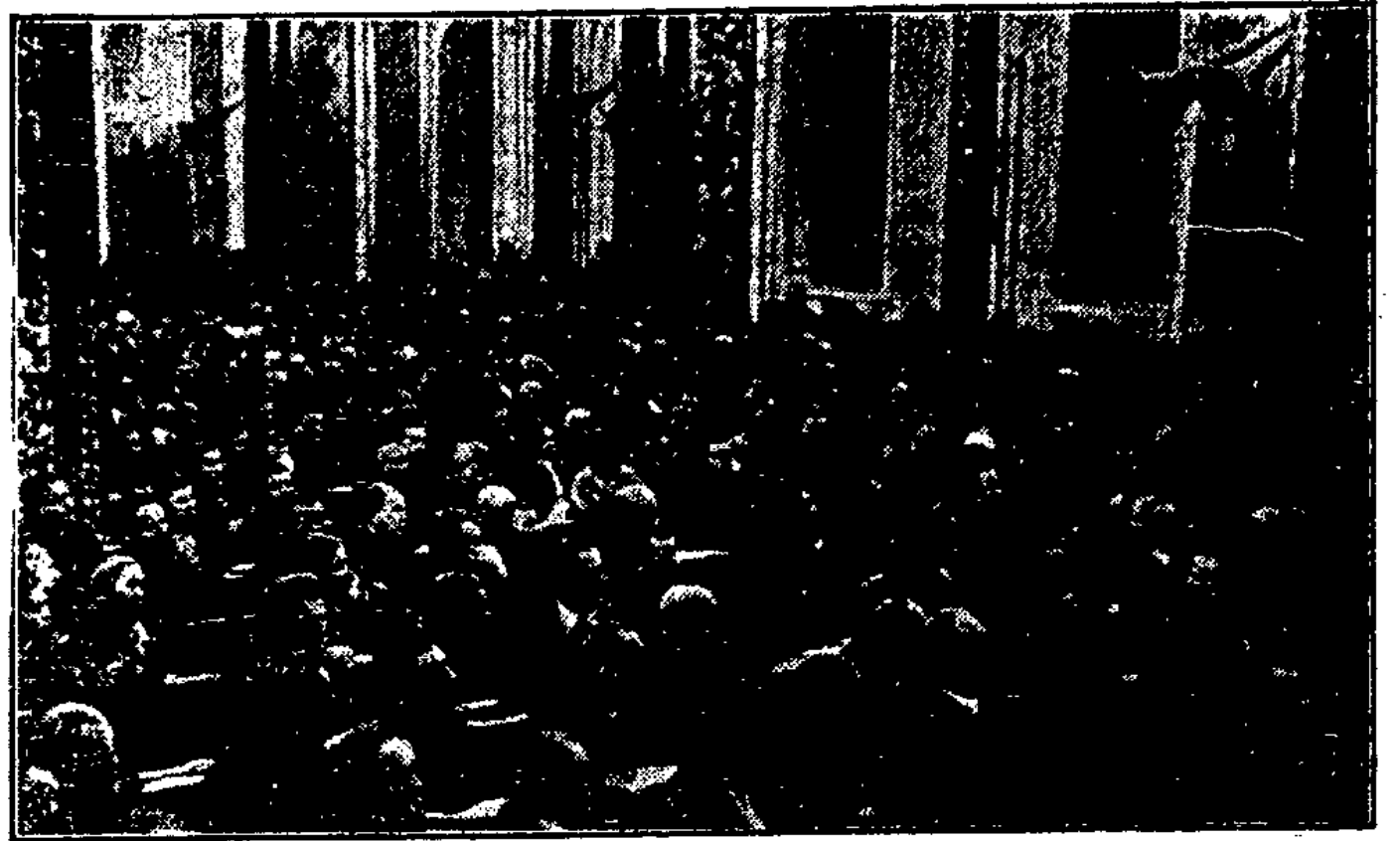
Der letzte noch

Auf Befragen des Vorsitzenden gibt Tausend zu, den Plauener Fabrikbesitzer, Herbert Weinhold, natürlich auch eine nationale Leuchte, 300 000 bis 320 000 Mark „schuldig“ zu sein. Fritz Küchenmeister lernte Tausend durch Reinhardt kennen. Durch Fritz Küchenmeister kam Tausend in nähere Beziehung zu den Deutschlanderneuerern um den „Wölkischen Kurier“. Und hier — der hat auch gerade noch geschickt — lernte er auch

Nazi-Fritz aus Thüringen und andere kennen. Zum Schluß klagte Tausend seinen General Lubendorff an, durch dessen Rücktritt von der Gesellschaft in arge Bedrängnis geraten zu sein. Während geworden erklärte er: „Es werden noch ganz andere Einzelheiten zur Sprache kommen, wenn erst die Zeugen aufmarschieren.“

Auf die angekündigten Enthüllungen Tausends kann man natürlich äußerst gespannt sein. Werden sie doch aller Voraussicht nach ebenso glänzend, wie das bisherige Material geeignet sein, die ganze Idiotie der Leute um Lubendorff und Hitler anzuprangern.

Allrussischer Rätekongreß 1931



AIZ. heute neu!

Unser Bild, das wir der neuen Nummer der Arbeiter-Illustrierten entnehmen, zeigt die Delegierten des Allrussischen Rätekongress 1931 während einer großen Rede Molotows. Wer über die grandiose Entwicklung des sowjetrussischen Kundfunks unterrichtet sein will, der kaufe und lese die soeben zur Ausgabe der reichillustrierten Nummer der AIZ.

Sieben Tote bei einem Lawinenunglück

Nach nächtlicher Rettungsarbeit als Leichen geborgen

Bad Tölz, 21. Januar. Die am Dienstag nachmittag an der Benediktenwand im bayrischen Karwendelgebirge von einer plötzlich herniederstürzenden Lawine verschütteten Skiläufer, sieben bayrische Landespolizisten, wurden am Mittwoch morgen nach angestrengtester Rettungsarbeit, als Leichen geborgen.

Die insgesamt 100 Mann starke Rettungsexpedition stand unter Leitung eines der Geretteten. Ein Landespolizist, der schwer verletzt wurde, ist am Mittwoch vormittag nach Benediktenbeuren ins Krankenhaus geschafft. Die 7 Leichen, die äußerlich wenig Verletzungen aufwiesen, wurden nach Lenggries transportiert. Sämtliche verunglückten Skiläufer sind in den Schneemassen erstickt.

Blutige Profitverteilung

Ein Aktionär schießt den andern nieder

Brüssel, 21. Januar. Blutige Szenen über die Verteilung der aus Arbeiterknochen erprehten Gewinne spielten sich bei der Sitzung des Verwaltungsrates einer Chemischen Fabrik in Florenne während einer Aufsichtsratsitzung ab.

Bei der Aussprache über die Ernennung eines Aufsichtsratsmitgliedes und die darauf folgende Erbschaft für den ausgehigten Direktor Lauby geriet dieser derartig in Wut, daß er einen Revolver zog und mehrere Schüsse auf die anderen Aktienhändler abgab. Der Generalvertreter der Eisenhütten-Gesellschaft „La Providence“, DeLOBBE, wurde auf der Stelle getötet. Ein anderes Aufsichtsratsmitglied schwer verwundet. Darauf brachte sich Lauby selbst eine schwere Verletzung bei.

Chemische Fabrik in Flammen

In der Nacht zum Mittwoch brannte in Harburg-Wilhelmsburg ein großer Fabrikschuppen der Chemischen Werke von Günther, Brauer und Co. vollkommen nieder. In dem Gebäude befanden sich außer einer Natrium-Sulfid-Anlage eine Soda- und Gerdstoff-Extraktions-Anlage. Durch starken Funkenflug waren auch die beiden entfernt liegenden Anlagen der Hamburger Wollkämmerei gefährdet. Trotzdem die Fabrikationsanlage dieser Firma seit längerer Zeit aus feuerpolizeilichen Gründen beanstandet war, wurde lustig weiter mit dem Leben der dort beschäftigten Arbeiter gespielt.

Prügelei um den Schandparagrafen 218

Nachdem eine polnische Arbeiterin am Montagmorgen in einem Prozeß vor dem Schöffengericht Lichtenberg von der Anklage des Verstoßes gegen den Schandparagrafen 218 freigesprochen worden war, kam es auf dem Gerichtskorridor zu einer schweren Schlägerei zwischen den Zeugen und der Angeklagten. Ein Zeuge wurde schwer verletzt.

Schlimmstes Mittelalter

Die Londoner Teufelsanbeter treiben es immer toller

In der Londoner „Morning-Post“ jammert ein angesehener englischer Wissenschaftler, daß in London, also in der Residenz des famosen Sozialdemokraten MacDonald, die sogenannten „Teufelsanbeter“ ihren mittelalterlichen Unfug immer schlimmer betreiben. Wörtlich sagt dieser Mann:

„Schwarze Magie, Zauberei und Hexerei werden im London von heute in einem Maße ausübt mit einer im Mittelalter nicht erträumten Freiheit; Professoren und Vetter dieser Kulte,umeist Ausländer, machen von denselben Formeln und Beschwörungen Gebrauch wie die mittelalterlichen Nekromanten; die Kulte erfreuen sich zunehmenden Interesses in solchem Maße, daß sie bald eine ernste Bedrohung der Moral und Gesundheit der Nation darstellen werden; Alchimie, Astrologie und andere niedere Formen der Magie verschaffen einer Anzahl Männer und Frauen ein gutes Leben, die auf Kosten der Glaubhaftigkeit ihrer Klienten Raub treiben; Celebranten der Schwarzen Messe und der Teufelsanbetung, treiben ihr Wesen ohne jedes Risiko, da es kein Gesetz gegen sie gibt.“

Wie man sieht, hat dieser wohlmeinende Wissenschaftler noch die Illusion, daß man mit Hilfe von Paragraphen den blödsinnigen Müß des Mittelalters ansagen könnte. Der Mann will und kann einfach nicht begreifen, daß Alchimie, Astrologie und andere „niedere Formen der Magie“ ganz zwangsläufig auf dem verfaulenden Boden der kapitalistischen Produktionsweise wuchern. Also nicht mit Gesetzen schafft man diesen Unfug aus der Welt, sondern nur durch die Liquidierung des Kapitalismus. Nur im Sozialismus, das lehrt uns das russische Beispiel, werden die Teufelsanbeter, die Käse-Propheten und andere Groß- und Kleinfabrikanten von Opium verschwinden.

Abgewiesener erschießt Geliebte und Mutter

In St. Etienne in Frankreich schoß ein 21jähriger Bankangestellter seine 15jährige Freundin und ihre Mutter nieder. Während die Mutter sofort tot war, liegt das Mädchen zurzeit noch im Sterben. Der Grund zu diesem Doppelmord ist in der entschiedenen Weigerung der Mutter zu suchen, die ihr Kind nicht dem jungen Mann zur Frau geben wollte.

Erdbeben auf Sava

Nach einer Meldung aus London wurde in Mittel-Sava durch sieben Erdstöße riesiger Sachschaden angerichtet. Allein in dem Dorf Propoed wurden durch Einsturz eines Fabrikshornsteins 6 Personen getötet.

Drei Kinder bei einem Brand erstickt

Während am Montag ein Bergmannsehepaar aus Dileberg bei Saarbrücken Verwandte besuchten, sind ihre drei Kinder bei einem Brande in der Wohnung erstickt. Die Frau hatte das 7 Jahre alte und die 5 und 4 Jahre alten Jungen in dem neben der Küche gelegenen Schlafzimer zu Bett gebracht. Während der vierstündigen Abwesenheit der Eltern mußten wahrscheinlich die am Küchenherd hängenden Tücher Feuer gefangen haben.

Breslau

Wieder törichte Hoffnungen

Durch die Breslauer Tagespresse geht folgende Meldung: „Ministerialdirektor Dr. von Leyden vom preussischen Ministerium des Innern hat mit dem Regierungspräsidenten und Vertretern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung eine Besprechung abgehalten. Gegenstand dieser Besprechung waren nicht Einzelheiten des städtischen Haushalts und spezielle Vorschläge, sondern die Erörterung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Lage, über die dem Vertreter des Ministers die Ansichten der städtischen Verwaltung zum Ausdruck gebracht wurden.“

An diese Mitteilungen werden Hoffnungen geknüpft, daß z. B. die Mietsätze nicht gekürzt werden, daß die Miete nicht erhöht wird usw.

Die Schreiber wissen, daß diese Hoffnungen nicht erfüllt werden. Sie schreiben dennoch — um Illusionen in den Köpfen der werktätigen Bevölkerung zu wecken, um die Werttätigen vom Kampf abzuhalten...

Sagt, welche Steuermöglichkeiten hat der Breslauer Magistrat? Die Reichen zu belasten, Riefengehälter abzubauen — das tut er nicht. Deshalb bleibt ihm nur das andere übrig — auf die eine oder andere Weise die Armen und Minderbemittelten noch mehr als bisher zu drücken — das geht, solange sich die Gedrückten das gefallen lassen.

Gutbesuchte Frauenversammlung in Scheitnig

Die Frauenversammlung in Scheitnig war ein glänzender Erfolg. Das Referat des Genossen Freix wurde mit Beifall aufgenommen. Das Ergebnis waren sechs Ausnahmen für die rote Hilfe, sechs für den Kampfbund gegen den Faschismus und eine für die Partei, ein Zeichen, daß auch die Frauen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse erkennen und mit vereinten Kräften gegen den Faschismus zu kämpfen.

Frauen im Ohlauer Tor

Am Freitag, dem 23. Januar, 20 Uhr, Frauenversammlung im Ohlauer Tor, bei Houblik, Königsgräber Straße. Frauen des Ohlauer Viertels, erscheint zahlreich.

Und wieder Herr Papendorf

U. A. Es ist bereits des öfteren über den Gleismeister Papendorf geschrieben worden, doch er bergt sich immer wieder. Insbesondere wenn Herr Papendorf mit einer weiteren Kolonne arbeitet, die ihm nicht direkt unterstellt ist, möchte er gern die Rolle eines Obermeisters spielen. Gemäß, es gibt Arbeiter, die dem Herrn Meister Blumen und sonstiges Zeug mitbringen. Dafür brauchen sich die Betroffenen nicht getroffen zu fühlen, wenn es mit „launen Lumpen“ hagelt. Die aufrechten Kollegen lehnen es ab, Friederemethoden anzuwenden. Hoffentlich wird auch Papendorf einmal begreifen, wie er mit Menschen umzugehen hat. Wenn er der Auffassung ist, daß die Kollegen aus Furcht vor Demütigungstun sich fürchten werden, einen Schluß warmen Kaffees während der kalten Tage zu sich zu nehmen, so täuscht er sich. Sollen die Kollegen etwa in die Gastwirtschaft gehen? Dazu haben sie kein Geld. Auch wollen sie Papendorf keine Gelegenheiten geben, eine Meldung zu schreiben. Für heute wollen wir es genug sein lassen. Nun zerbricht „man“ sich den Kopf darüber, wer der Verfasser des Artikels sein könnte.

Besucht den Diskussionsabend!

Am heutigen Donnerstag findet bei Houblik, Königsgräber Straße 10, ein Diskussionsabend mit SPD-Kollegen statt. Es spricht Genosse Walter Müller. Genossen, bringt recht viele sozialdemokratische Kollegen in die Diskussionsabende. Schmiedet die rote Einheitsfront!

Gewerkschaftshaus-Kino. „Pat und Patachon als Kannibalen.“ „Winterzauber im Riesengebirge.“ — Die heutige Wirtschaftsnot zwingt den arbeitenden Menschen aus zur Einstellung seiner Ausgaben für kleine Wanderausfahrten. Großen Beifall

„Freier Radiobund“ in Breslau

Die proletarische Einheitsfront gegen bürgerliche Funkmächenschaften geschlossen

Am Dienstag fand unter regem Besuch der proletarischen Rundfunkführerschaft im „Gelben Löwen“, Oberstraße, eine vom „Freien Radiobund“ einberufene Gründungsversammlung einer Breslauer Ortsgruppe dieser proletarischen Organisation statt. Genosse Peter Gall führte in seinem Referat aus, wie notwendig die Gründung einer Ortsgruppe des „FRB.“ gerade in Breslau sei, da der

Kurs des „Arbeiter-Radiobundes“ in letzter Zeit immer reaktionärer und die Mächenschaften der konzernistischen Führerschaft des „Arabu“ immer arbeiterfeindlicheren Charakter annähmen.

Im Zusammenhang mit dieser Feststellung ging der Redner auf die am Abend vorher stattgefundene Generalversammlung des „Arbeiter-Radiobundes“ ein, auf der man ebenfalls über die inzwischen auch dort bekanntgewordenen Gründungsabsichten einer Ortsgruppe des „FRB.“ diskutierten. Die Ansichten, die die Gauleitung des „ARB.“ zum „FRB.“ einnahm, sind ein Meisterstück sozialdemokratischer Demagogie; man behauptete dort fest, daß der „FRB.“ und der „ARB.“ doch letzten Endes die gleichen Ziele hätten, nämlich den Kampf gegen die Kulturreaktion im Rundfunk. Und im übrigen lämen die Mitglieder, die zum „Freien Radiobund“ gingen, sowieso nicht in die sozialdemokratische Organisation. Man müsse also den Gründungsge Gedanken begrüßen. Doch muß man die Hintergründe kennen, die die Führerschaft des „ARB.“ dazu bewegten, derartige Neußerungen zu tun. Hätte man während der Generalversammlung nur ein Wort gegen die einzig revolutionäre Rundfunkführerschaft, den „FRB.“, gesagt, so wären die letzten Mitglieder des „ARB.“ aufgefunden und hätten diese gesinnungslos Organisation verlassen. Inwiefern die Gemeinsamkeit der Ziele der beiden Organisationen zutrefte, brauche man nicht zu beanworten, da man die Früchte, die der Kampf der sozialdemokratischen Organisation gegen die Kulturreaktion gezeitigt habe, kenne.

Spaltungsstatut im ZWV. angenommen

Energischer Protest der Opposition — Kampf gegen die Verbürgerlichung des Arbeiterportales!

Am Sonntag fand die Generalmitgliederversammlung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ statt. Nach stundenlangem Beratschlagung beschloß der Vorstand die neuen Statuten. Man erfuhr daraus, daß zum Beispiel die Ortsgruppenleitung Mitglieder ausschließen kann, daß die Reichsleitung ganze Gauen und Ortsgruppen ausschließen kann, kurz und gut, die proletarische Demokratie geht vor die Hunde, und die Mitglieder haben gar nichts mehr zu sagen. Genosse Ruhlau rief den Reformisten die Waage vom Gesicht, indem er feststellte, daß die neuen Statuten gegen die Opposition gerichtet sind, daß die Kommunisten nur noch Mitglieder zweiter Klasse werden sollen, und daß die Reichsleitung, in der der katholische „Sozialist“ Schred sitzt, aus dem Touristenverein „Die Naturfreunde“ einen SPD-Laden machen will. Verschiedene Bonzen ließen nun ihrer Kommunistenbege freien Lauf. Genosse Hans Ehlers sprach über die Naturfreundehäuser und kritisierte die Reichsleitung, da diese kommunistisch eingestellten Ortsgruppen die von den Mitgliedern aufgebauten Schuhhäuser entzieht. Ein SPD-Bonze, der die SPD-Mitglieder als „Palunken“ bezeichnete, wurde energisch in seine Schranken gewiesen. Genosse Ruhlau stellte folgenden Antrag:

„Die Mitgliederversammlung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ Breslau protestiert gegen das Vorgehen der Reichsleitung, indem dieselbe ganze Gauen wie Rheinland, Bergisch-Land, Ortsgruppen wie Düsseldorf, Wachen, Köln, Chemnitz, Limbach und unzählige andere Ortsgruppen ausschließt und den Touristenverein „Die Naturfreunde“ um jahrzehntelange Aufbauarbeit juridischiert und da-

durch eine Spaltung der Arbeiterbewegung hervorruft. Die Breslauer Generalversammlung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ verlangt die sofortige Wiederaufnahme der über 10 000 (zehntausend) ausgeschlossenen revolutionären Naturfreunde in den Touristenverein „Die Naturfreunde“, um die Einheit und Geschlossenheit der Organisation zu wahren.“

Dieser Antrag wurde gegen 12 Stimmen bei starker Stimmenthaltung abgelehnt. Der erste Vorsitzende Theinert wollte überhaupt nicht abstimmen lassen. Die Diktatorstatuten wurden gegen die Stimmen der Opposition wiederum bei starker Stimmenthaltung angenommen. Unter den Arbeitberichten konnte man feststellen, daß unsere Genossen in ihren einzelnen Sektionen mit die beste Arbeit geleistet hatten. (Genosse Schwarz als Stättenwart, die Genossen Pehold und Krieg in der Photoaktion.) Unter Punkt „Wahlen“ wurde der alte Vorstand wiedergewählt, darunter unser Genosse Pehold als zweiter Vorsitzender, die Genossen Krieg, Pehold und Schwarz als Delegierte ins Arbeiterportalfest, Genosse Ruhlau als Ersatzdelegierter.

Zum erstenmal ist die Opposition im Touristenverein „Die Naturfreunde“ auf den Plan getreten, jetzt noch klein, aber wir werden stärker, wir werden dafür eintreten, daß der Gedanke des Klassenkampfes, der roten Sporteinheit und der Wiederaufnahme unserer ausgeschlossenen Genossen im Touristenverein „Die Naturfreunde“ immer stärker wird. Genossen, unterstützt unseren Kampf, werdet Mitglied des Touristenvereins „Die Naturfreunde“! Heran an die Arbeit!

Oberschlesische Flüchtlinge fordern Hilfe

Wer nicht bedürftig ist — dem wird geholfen werden

Am Sonntag fand im Wenzelshaus eine öffentliche Protestversammlung der Breslauer Flüchtlings- und Verdrängengruppe der SPD. Die Versammlung wurde von Rechtsanwalt Doktor Friedländer eröffnet, der in seiner Einleitungsrede nur so von deutschem und nationalem Empfinden sprach. Wie das Nationalempfinden dieses Herrn aussieht, zeigt am besten der Fall: Als ein arbeitsloser Oberfleischer an Herrn Dr. Friedländer heranging, ob er nicht umsonst in den Saal könnte (Eintritt kam 30 Pf., angeblich für Steuer), sagte er bloß, er kann nichts machen, und ließ den Kumpel einfach stehen. Der Referent Polodziej führte unter anderem aus, daß die Regierung bis jetzt wenig oder gar nichts für die Flüchtlinge getan hätte. Es wären noch etwa 60 Millionen von dem Fonds übrig, aber es ginge nicht, in der schweren Zeit etwas von der Regierung zu verlangen, denn es müßte gepart werden. Auch verlas er den Brief eines Oberschlesiers, der sich in seiner Not an den Verein gewandt hatte. Wie aber dem Kumpel aus dem Elend geholfen werden könnte, vermag er zu sagen. Er erlebte bloß den Fall mit den Worten: So geht es den Flüchtlingen! Der Referent

führte dann noch einige Paragraphen des Kriegsschadenshilfsgesetzes an. Ein Teil des amnestenden Publikums war von den Ausführungen nicht sehr erbauet, denn sie sind genau so schlau herausgekommen, wie sie hereinlamen. Das scheint wohl Herr Dr. Friedländer gemerkt zu haben, denn er ließ keine Aussprache zu. Es kam dann eine Resolution zur Verlesung, in der endlich eine Hilfe für die Flüchtlinge verlangt wurde. Ihre ganze Hoffnung setzten die leitenden Herren auf den neuen Reichstagsausschuß für Flüchtlinge. Während dem Aufnahmewort des Versammlungsleiters verließ schon ein Teil der Besucher den Saal, denn jetzt kam das Schönste der Versammlung: Es wurde mit dem Deutschlandliede geschlossen!

Oberschlesische Flüchtlinge, nicht durch das deutsch-Landlied, nicht durch Resolutionen und Versprechungen werdet ihr aus dem Elend herauskommen! Kampf mit der revolutionären Arbeiterklasse, kämpft mit der SPD. für eure Befreiung. Verfolgt die Reichstagsfraktionen und seht darauf, wer für euch Flüchtlinge kämpft

wird deshalb ein Film aus dem Riesengebirge finden, der in seinen Bildern den Winterzauber im Reich Rubezahl festgehalten hat. Nirsberg, Bad Warmbrunn, Hermsdorf, Agnetendorf, Oberfleischerbau mit Kachelhall und Zedental, mit den Hoch- und Kuckucksteinen erlächte vor den Augen des Zuschauers; im Film erlebt man einen Schneesturm auf dem Kamme, und der Schlitte entfährt den Zuschauer nach den Schneebergen, dem Spindlerpaß, nach Spindlermühle, dem Silberkamm, nach dem Reisträger, nach der Kleinen und großen Sturmhaube. Pat und Patachon als Kannibalen hat die beiden komischen Filmhelden als filmischer Mittelpunkt. Auf der Bühne werden diesmal bei der Fäulnisverstellung Kinder und bei der Abend-Vorstellung Erwachsene mit einem Mandelsteinender erfreuen. Die Eintrittspreise sind wie immer niedrig, von 25 Pf. an.

Marxistische Arbeiterschule. Heute um 20 Uhr im Zentralballsaal, Westendstraße 52, beginnt der Kursus „Die politischen Grundlagen des Marxismus“. Alle Genossen, die im Besitz der Karten für den Kursus „Imperialismus“ sind, nehmen an diesem teil. Mittwoch, den 28. Januar, beginnt der Stenographiekursus. Hierzu können sich noch Teilnehmer melden!

Der Agitationsbezirk der roten Fußballer tagt ab Montag, dem 26. Januar, jede Woche in Bartels Bierstuben, Lange Gasse 47. Gäste sind willkommen.

Sportvereinigung Nordost 03 E. S. Mittwoch, den 28. Januar, 20 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung aller Abteilungs-Funktionäre bei Martin Houblik, Rossmayer Straße 11. Freitag, den 23. Januar, Turnhalle Waterloostraße, Mannschaftskampf im Ringen, Obertor gegen Ohlauer Tor. Freunde und Gäste des Arbeiterportales gern gesehen. Eintritt frei. Beginn 20 Uhr.

Kraftsportvereinigung West 1921. Freitag außerordentliche Mitgliederversammlung bei Ludwig, Bärenstraße 13 (Vereinslokal.) — Sonnabend, den 7. Februar, großer Maskenball, veranstaltet von der Kraftsportvereinigung West 1921, im „Sürgarten“. Trautfurter Straße 203.

1. Bezirk des Arbeiter-Athleten-Bundes. Morgen, Freitag, 19.30 Uhr, Bezirksvorstandssitzung, bei Melzig. Sämtliche Vereinsleiter müssen erscheinen. Ebenso muß jeder Verein drei Mitgliedslisten mit Vor- und Zunamen, Geburtsort, Wohnung und Eintrittsdatum einbringen.

NSB. Dynamo. Freitag, 20 Uhr, bei Schmieder, Werkstraße: General-Mitgliederversammlung. Alle Sportler Scheitnigs sind eingeladen. Gäste willkommen!

Briefkasten „Jungspartakusbund in Trebnitz“ — „20 NSB-Pioniere halten? Nazis im Schach“. — Den Verfasser dieser Berichte bitten wir bringend, in der Redaktion vorzusprechen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schmeidler, Berlin; für den literarischen Teil: Ernst Bollweber, M. B. C., Breslau. — Für Literatur: Carl Sandberg, Breslau.

Nicht vergessen

zu jeder Mahlzeit **Christ-Brot essen**

Arbeiter-Kino, Margaretenstr. 17
Nur Heute und Morgen, 5 und 8 Uhr:
Kinder haben Zutritt!

Pat und Patachon als Kannibalen

Auf der Bühne: Mandolinen-Konzert
Winterzauber im Reich Rubezahl
Erwerbslose, Kinder bis 5.30 Uhr 25 Pf. Besucherkreis-Mitglieder 5 Pf., andere 70 Pf. Partei-, Gewerkschafts-, Volkshäuser-Mitglieder können jederzeit Besucherkreis-Mitgl. werden

In Deutschland gibt es etwa 3 1/2 Millionen Rundfunkhörer. Von dieser Zahl sind etwa 3 Millionen Werktätige, keine Angestellte, keine Beamten und Arbeiter, Erwerbslose, abzurechnen, so daß nur eine geringe Minderzahl bürgerlicher Hörer vorhanden bleibt. Aber für diese Minderzahl von Bürgern, Kapitalisten und Intellektuellen nur arbeiten die bürgerlichen Sendegesellschaften. Für den Proleten hat der Rundfunk in Deutschland nichts übrig. Aber die arbeitende Klasse bringt allmonatlich den Sendegesellschaften 6 Millionen Mark bares an. Ein Teil des amnestenden Publikums war von den Ausführungen Hörer an den Rundfunk.

Der „FRB.“ fordert eine Proletarisierung des Rundfunks, fordert, daß der „Jsa“ (Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur) in regelmäßiger Folge Sendestunden überlassen werden, ferner regelmäßige Moskauerübertragungen.

In der anschließenden Diskussion sprachen die Sprecher ihre völlige Solidarität mit den Plänen des „FRB.“ aus, und diskutierten nochmals über die Vorfälle im „ARB.“. Die amnestenden Mitglieder des „ARB.“ erklärten ihren Beitritt in die proletarische Rundfunkorganisation und versprochen, dafür zu werben, daß die noch im „ARB.“ sitzenden Gesinnungsfreunde dieser arbeiterfeindlichen Organisation den Rücken drehen würden. Es wurde ein vorläufiger Arbeitsausschuß gewählt. Alle der zahlreichen Anwesenden erklärten ihren Beitritt in den Bund. Ebenfalls wurde eine Anzahl neuer „Arbeiterkämpfer“ Leiter geworden. Die erste Veranstaltung des „Freien Radiobundes“ war ein voller Erfolg, der alle Erwartungen übertraf. Die zahlreichste starke Ortsgruppe kann jederzeit mit dem „FRB.“ nach der Mitgliederzahl konkurrieren. In den nächsten Tagen wird der Bund in schlag mit einem Aktionsprogramm hervortreten.

Werktätige Rundfunkhörer! Helft die Einheitsfront gegen den bürgerlichen Funk härten!

Waldenburger Bergland

Audj ein feiner Mann

Der Steiger Otrongli wurde vor vierzehn Tagen von der Gullangrube auf die Davidgrube verlegt. Man kann aber schon allerhand Klagen über ihn hören, daß er seine Anzeilmethode von der Gullangrube schon bei den Kumpeln auf der Davidgrube angewendet. Kameraden, seid gelobt auf den Reispelzantell! Seine Ausdrücke älterer Kumpel gegenüber auf der Gullangrube waren: „Auch gehört nicht mehr wie die Reispelze auf die Alpen und mit dem Stiefeln in die Presse streuen.“ „Auch werde ich die Feiertage aus dem Knochen herandreißen.“ oder „Die alte verfluchte Gröhmutter, Sie werde ich lebendig machen.“ — Kameraden! Seid auf der Hut! Jetzt wirt ihr, was ihr für eine vornehme Persönlichkeit in eurer Nähe habt. Für seine Kraftausdrücke hat er voriges Jahr bereits mit Arbeiterkassen Veranlassung machen müssen. Falls notwendig, werden wir diesen Veran in der Öffentlichkeit weiter beleuchten.

Arbeiter-Photographen! Nächste Gruppenversammlung Sonntag, den 23. Januar, 9 Uhr, im „Kurfürsten“, Neu-Waldenburg. Freunde der Bewegung können sich daselbst Auskunft holen.

Weißstein

Rahenjammer in der P.A.V.-Zahlstellenversammlung Weißstein

In Ergänzung zu dem gestern im politischen Teil veröffentlichten Bericht über die P.A.V.-Zahlstellenversammlung Weißstein sei mitgeteilt: Die Versammlung wurde eingeleitet mit einem kurzen „Rückblick und Ausblick“. War der Rückblick des Kameraden Härtel schon ein hilfloses Winden und Drohen, so war der Ausblick noch verworren. Es kann ja auch nicht anders sein, will man radikale Worte finden, ohne dabei grundlegend die Fragen zu behandeln, so

Hast du schon beschlossen?

am Sonntag, dem 23. Januar, um 13.30 Uhr, im „Deutschen Hause“ in Weißstein zu sein, um an der J.M.S.-Grundgebungs teilzunehmen. Entschließe dich sofort, da bei dem erstklassigen Programm eine Ueberfüllung zu befürchten ist. Sage es auch deinen Bekannten. Preise 60 Pfg. für Betriebsarbeiter, 30 Pfg. für Erwerbslose und Frauen, 1 Mark für Nichtmitglieder proletarischer Organisationen. Lösung: Alles in den Diensten des Bergarbeitersampfes!

muß eben jedes Wort, was gesprochen wird, höflich klingen. Hätte Härtel die Arbeit der Parteien gestreift, so hätte er auch die Rolle der SPD. behandeln müssen. Das konnte und durfte er nicht. Er ließ seinen Ausblick in dem Wunsche ausklingen, im Jahre 1931 in den Versammlungen „keine Politik zu treiben, sondern nur gewerkschaftliche Arbeit zu leisten“. Aber schon der Punkt „Lohn- und Arbeitsbewegung“ zeigte, daß der Lohn der Arbeiter ein politischer Lohn ist, und deshalb auch ausgebeutet werden muß, wo die Ursache liegt, die auf der ganzen Linie nach Lohnabbau drängt. Kamerad Klei legte den Standpunkt des oppositionellen Kameraden der Zahlstelle dar. Die Aussprache fand ihren Niederschlag in der Entschliebung, die wir gestern abgedruckt hatten.

Rothenbach

III-Feier

Sonntag, den 23. Januar, um 18 Uhr, findet im Gasthof zum „Paulinenstadel“ eine III-Feier statt. Kassenöffnung 18.30 Uhr. Eintrittspreis für Vorkarbeiter 35 Pfennig, Erwerbslose 25 Pfennig. „A.-S.“-Feier, sorgt dafür, daß die Gedächtnisfeier eine würdige Feier zum Andenken an unsere großen Toten Lenin, Liebknecht und Rosa Luxemburg, wird.

Königszell

Wo bleibt der „Preisabbau“?

Man schreibt uns: Es wird zurzeit nicht bloß in den bürgerlichen Zeitungen, so auch in der „Königszeller Zeitung“ sehr viel über Preisabbau geschrieben. Ja, man geht sogar dazu über, benutzt die Theater- und Kinovorstellungen dazu, um unter der Parole „Preisabbau“ für den Kauf in der heimischen Geschäftswelt Propaganda zu machen. Dabei kann man die Wahrnehmung machen, daß gerade jene Kreise, die verpflichtet wären, dieser Mahnung vor allen Dingen Folge zu leisten, ihre Einkäufe nicht in Königszell, sondern in auswärtigen größeren Städten besorgen. Man erzählt sich sogar, daß Angehörige der hiesigen Geschäftswelt selbst nach Waldenburg in das große Warenhaus Schölen gefahren sind, um dort ihre Einkäufe zu tätigen. Ebenso kann man die Wahrnehmung machen, daß nach Schweidnitz und Breslau sogenannte „Besser-situierete“ hinfahren, um dort ihre Sachen einzukaufen. Das hat doch bestimmt auch seine sehr triftigen Gründe, und die dürften darin liegen, daß es tatsächlich möglich ist, in den vorerwähnten Städten billiger einzukaufen als in Königszell. Wenn die Geschäftskreise von Königszell also Wert darauf legen, daß bei ihnen gekauft wird, dann müssen sie natürlich auch danach trachten, die Preise so zu setzen, daß nicht so große Unterschiede entstehen, wie sie heute noch zwischen den Preisen von Königszell und denen in Breslau, Schweidnitz und Liegnitz um vorhanden sind.

Den Arbeitern aber können wir nur empfehlen, sich keinerlei Hoffnungen auf Preisabbau hinzugeben, da ein solcher ernsthaft nicht eintreten wird. Wo ein solcher wirklich vorgenommen wird, wird sich sehr bald herausstellen, daß er anderen Stellen durch Erhöhung ein „Ausgleich“ vorgenommen wird. Durch Erwekung von Zinsen auf den Preisabbau soll die Arbeiterkassen nur vom Kampfe abgelenkt werden.

Bolkenhain

Vormarsch auf dem Lande

Am Sonntag sprach in einer öffentlichen Versammlung der Genosse Hiller in dem verhöhrten Fochstendörfer Schweidnitz. Er behandelte in seinem Vortrage die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise und den drohenden Krieg. Obwohl eine ausgebeutete Sabotage von Seiten der Gegner getrieben worden war, war eine ganze Anzahl Vorkarbeiter erschienen, die dem Vortrag aufmerksam zuhörten und durch Beschluß ihre Zustimmung zum Ausdruck brachten. Auch hier wurden einige Resolutionsentwürfe für die Partei gemacht. Aufgabe der Genossen

ist es uns, weiter auf dem flachen Lande vorzustoßen, damit dort der Einfluß der Fochisten gebrochen werden kann.

300 Erwerbslose mehr

Die Vereinigten Schließischen Granitwerke haben ihre Betriebe am 17. Januar stillgelegt und auf diese Weise das schließische Meer der Erwerbslosen um weitere 300 vermehrt. Der Lohnstarf der Steinarbeiter ist abgelaufen, und um den Lohnraub in aller Stille durchzuführen, werden die Steinarbeiter auf Waffeln geworfen, damit ein Kampf dagegen unterbunden werden kann. Die Steinarbeiter müssen das erkennen und sich zur Wehr bereitet machen,

Niederschlesien

Das Schreckensurteil von Liegnitz

Streiflichter aus dem Bunzlauer Aufrehrprozess

Im politischen Teil dieser Nummer haben wir bereits das ungeheuerliche Terrorurteil der schließischen Justiz mitgeteilt. Mit dem die Justiz als getreue Dienerin der herrschenden Klasse die wahrhaft Schuldigen an dem Blutbad von Bunzlau von jeder Schuld reinwaschen will. Aber das darf und wird ihr nicht gelingen. Das Begegnende an diesem nur zum Schein geführten Prozeß, bei dem das Urteil schon vorher so gut wie feststand, ist, daß er im Zeichen einer verhärteten Hege gegen die Kommunisten als die Führer der revolutionären Arbeiter und aller Armen und Ausgebeuteten stand.

Zunächst behauptete die Polizei vor Gericht, schon vor dem Tage des Blutbades gemut zu haben, daß die Kommunisten einen Anschlag planten. Es waren in Wirklichkeit zwei lächerliche, natürlich anonyme Briefe, in denen behauptet wurde, daß die Kommunisten das Versammlungskolal „Odeon“ in die Luft sprengen wollten. In dem zweiten wurde behauptet, daß das Kabele, d. h. die Fährschnur, bereits unterirdisch gelegt worden sei. Ueberflüssig zu betonen, daß diese Lathenparole reine Erfindungen, wahrscheinlich von bestimmter Stelle inspiriert, darstellten.

Einwohler der Landrat Köhne, der Hauptschuldige an dem Bunzlauer Blutbade, als auch die sozialdemokratischen Führer und Funktionäre, ja selber auch einige verhegte SPD-Proleten, sind von einer Art panischer Kommunistenfurcht befangen, die sich nur mit dem Zustand eines gereizten Stieres vergleichen läßt, der überall rotes Tuch wittert. Bei dem Landrat steht fest, daß dies nur ein Wandler ist, die Schuld auf die Kommunisten abzuschieben. Als der Vorsitzende ihn zum Beispiel fragte: „Waren an Ort und Stelle (in Bunzlau) Hege anwesend?“ erwiderte der Köhne:

„Ja, sehr viele! Die Hege wird von wenigen Linksradikalen (lies: Kommunisten) inszeniert, die dann, wenn es ernst wird, verschwinden.“

Diese gemeine Lüge dient, wie wir schon sagten, lediglich zur Verschleierung der eigenen Schuld an dem Blutbade. Außerdem war der Köhne gar nicht in der Lage, festzustellen, ob Kommunisten anwesend waren, denn er erklärte einige Minuten vorher, daß es so dunkel gewesen sei, daß man nur die vorherben Reihenden der Menge sehen konnte. Im übrigen waren an dem fraglichen Abend weder auswärtige Kommunisten noch die führenden Bunzlauer Genossen in Bunzlau.

Bemerkenswert war noch, wie sich Köhne als führender Sozialdemokrat die Ursachen der Zusammenstöße zwischen Polizei und den hungernden Massen des deutschen Proletariats vorstellte. Vom Vorsitzenden befragt, erklärte dieser Sozialdemokrat, daß die „Ver-

indem sie sich um die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition kümmern, um unter ihrer Führung den Kampf dagegen aufnehmen zu können.

Freiburg Deutscher Holzarbeiterverband
Freitag, den 23. Januar, im Gasthof „Zum grünen Baum“, Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlungen in der Uhrenindustrie. Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung. Das Erscheinen aller Holzarbeiter ist unbedingt notwendig.

Schweidnitz Vor den Zug geworfen.
Der bei einem hiesigen Gutspächter in Donnerstag in Stellung befindliche Arbeiter Richard Paul warf sich vor einen einlaufenden Zug und wurde auf der Stelle getötet. Die Gründe, die den 19jährigen Mann in den Tod getrieben haben, sind bisher nicht ermittelt worden.

hebung durch radikale Parteien die Ursache dieser Konflikte“ ist. Daß der Hunger, der knurrende Magen, die Not und das Elend von Millionen Menschen sind, davon weiß Köhne nichts oder er will davon nichts wissen. Er weiß nur, daß man „laut ministerieller Verfügung nach der dritten Aufforderung, sich zu gerieren, schliehen darf“, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.“

Aus der Verhandlung des ersten Tages sind folgende Dinge bemerkenswert: Der Polizeimeister von Bunzlau, Sozialdemokrat Wrosed, war dem Kriminalsekretär Meißner, der zur Erde gestürzt war, beihilflich. Auf einmal knallten die Schüsse. Die Menge floh sofort. Aber die Polizisten schossen weiter. Da schrie Wrosed: „Nicht mehr schießen!“ Und das wird ihm von seiner Partei als Verdienst angerechnet. In Wirklichkeit verhält sich die Sache so, daß dieser SPD-Polizist nur aus Furcht, selbst etwas abzubekommen, diesen Ruf ausstieß. Er erklärte vor Gericht: „Ich zieh, um nicht selbst getroffen zu werden!“

Dafür fand das Gericht natürlich kein Wort der Kritik. Aber wenn es sich darum handelte, die Angeklagten brutal zu behandeln, war der Vorsitzende sofort zur Stelle. Dem einen Arbeiter verweigerte er das Recht, die Toilette aufzusuchen, und es ist fast ein Wunder, daß der Angeklagte seine Notdurft nicht im Gerichtssaal verrichtete. Einen 16jährigen Angeklagten duzt der Vorsitzende formwährend, die Pressevertreter schnauzt er wie ein Feldwebel an, weil sie sich, da sie nichts verstehen konnten, von ihren Plätzen erhoben und in die Nähe des gerade ausfragenden Zeugen begeben hatten. Dafür zu sorgen, daß auch sie der Verhandlung folgen können, vergißt er. Aber er vergißt nicht, die Zeugen wie ein Pflaß darauf aufmerksam zu machen, an das Krugartig, das vor dem Gericht aufgestellt ist, zu denken, wenn sie die Hand zum Schwure heben.

So ließ das Gericht keine halbe Stunde vergehen, ohne die Angeklagten und proletarischen Zuhörer ständig daran zu erinnern, daß sie einem Klassengericht gegenüberstünden, das die Interessen der herrschenden Klasse gegen die Vertreter der unterdrückten wahrnahm. Daß der Vorsitzende Schöly dies mit brutaler Offenheit tat, war gut, denn sein Verhalten bewies auch dem letzten Proletarier, der noch so an ein Märchen wie das der Objektivität der kapitalistischen Gerichte glaubte, daß die Klassenrichter einen brutalen Kampf gegen Proletarier führen, bei dem die Paragraphen und Gesetzesbücher nur Mittel zum Zweck sind, nämlich zu dem Zweck, Proletarier in Gefängnisse und Zuchthäuser zu treiben, damit „Ruhe und Ordnung“, der Profit und die Dividende erhalten bleiben.

Massenprotestversammlung gegen die weiße Justiz

Auch die Schuso im Dienst des Justizterrors

Am Dienstagabend hatte die Rote Hilfe zu einer Protestkundgebung gegen den Justizterror aufgerufen, und zwar im Zusammenhang mit dem hier tagenden Prozeß des Bunzlauer Arbeitermordes vom 21. August v. J.

Wie wir bereits in unserem Prozeßbericht gemeldet haben, war Liegnitz sozusagen in Kriegszustand versetzt worden. Nicht erwähnt haben wir dabei jedoch, daß auch die Schuso, also die Reichsbannerwehr, sich in den Dienst der Klassenjustiz gestellt hatte, um gleichzeitig auch ihrem Freund, den Landrat Köhne, zur Verfügung zu stehen.

Die Versammlung war überfüllt, und was noch wichtiger ist, von einem Kampfsgeist erfüllt, der erkennen ließ, daß die Proleten gerade durch das Verbot der Polizei nur noch mehr erkannten, wie richtig die Anklage war, die unsere Zeitung gegen den Landrat Köhne erhoben hatte.

Das Referat in der Versammlung hatte der Genosse Freiß, Breslau, übernommen, der unter stürmischer Zustimmung der Versammelten noch einmal den Bunzlauer Arbeitermord aufzeigte, um sich im zweiten Teil dem Justizterror zuzuwenden, den er ebenfalls unter lebhaftem Beifall anprangerte. Einstimmig wurde hierauf folgende Entschliebung angenommen:

„Die heute, am 20. Januar 1931, bei der Protestversammlung der Roten Hilfe in Liegnitz, „Bekend-Galle“, versammelten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kleinrentnerbetreibenden protestieren nach Anhörung des Berichtes gegen die Prozeßführung des Vorsitzenden, Landesgerichtsdirektors Schöly, bei dem Termin gegen die Bunzlauer Arbeiter aufschreie. Nach genauer Informierung sind die Versammelten der Meinung, daß nicht die Proleten, sondern einige der Befehlshaber auf die Anklagebank gehören. Alle Anwesenden werden den Kampf unterstützen und dafür Sorge tragen, daß bald das prominente Mitglied der SPD, Landrat Köhne, auf der Anklagebank vor dem Volkstribunal Platz nehmen wird.“

Goldberg

Eisernstragabie in einem Krankenhaus

Im hiesigen Hospital überfiel der dort wegen einer Asthma-leibens untergebrachte 35 Jahre alte Arbeitsschlo Lorenz in der Nacht zum Dienstag, offenbar aus Eifersucht, seine dieser Tage ebenfalls ins Krankenhaus eingelieferte Geliebte Dora Richter. Lorenz schlich in das Zimmer, in dem noch sechs Frauen schliefen und schlug mit einer Art auf das Mädchen ein. Sofort eilte auf die Hilferufe der Krankenhausverwaltung Thiel herbei, auf den Lorenz ebenfalls ein-

schlug. Als Thiels Frau und Schwägerin kamen, versuchte er, sich auch auf diese zu stürzen. Die beiden Frauen konnten sich jedoch durch die Flucht noch in Sicherheit bringen. Der Täter wurde verhaftet, die Ueberfallenen haben lebensgefährliche Verletzungen davongetragen.

Sprottau

7000 Mark geraubt

Während einer kurzen Abwesenheit des Rechners Binkwart von der Elektrizitäts-Gesellschaft in Ottendorf drangen Einbrecher ein, öffneten mit Nachschlüssel einen Wandschrank und entwendeten eine Kassetten mit 7000 Mark, dem gesamten Kassenbestand der Gesellschaft. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Sirßberg

Zeichen der Wirtschaftsknot

Ein Zeichen der schweren Wirtschaftskrise ist die Tatsache, daß hier innerhalb zweier Tage drei alte angelegene Firmen Konkurs anmelden mußten, und zwar eine Tuchgeschäfts, eine Teppich- und Tapetenhandlung und ein großer Bierverlag.

Mein

Inventur = Ausverkauf

hat begonnen. — Erst 6 1/2 blaue Mark'en

Bänderchuhe wieder vorrätig

Hans Dobritzsch

vormals L. Seileri

Kurz-Weiß-Wollwaren, Arbeiterkleidung

Görlitz, Obermarkt 34 (am Schwibbogen)



Lenin für Arbeiterkorrespondenten

Die Arbeiterkorrespondenten ehren das teure Andenken des Schöpfers der Arbeiterkorrespondentenbewegung

Unser teurer, unvergeßlicher Führer Lenin war der Schöpfer der Arbeiterkorrespondentenbewegung, weil er als Bolschewik als Erster die ungeheure politische Bedeutung der Arbeiterbriefe erkannt hatte. Bevor er in dieser Richtung politisch und organisatorisch Anweisungen gegeben hatte, hat er auf die Arbeiterbriefe ein sehr großes Gewicht gelegt. Er nahm sofort die Arbeiterbriefe, hat sie sorgfältig durchgelesen und studiert, und durch die verwirrtsten Sätze hatte er in die tiefsten Regungen der Arbeiterbewegung hineingesehen. Er hat sie auch eigenhändig registriert.

Als 1904 die Zeitung „Wperjod“ („Vorwärts“) erschien, hat er Richtlinien aufgestellt über die Ausgestaltung der Zeit-

ung Charakter hatte besonders später die „Prawda“ von 1912 bis 1914, wo den wichtigsten Teil der Zeitung die Enthüllung und Befreiung der Zustände in den Industriebetrieben gebildet hatten.

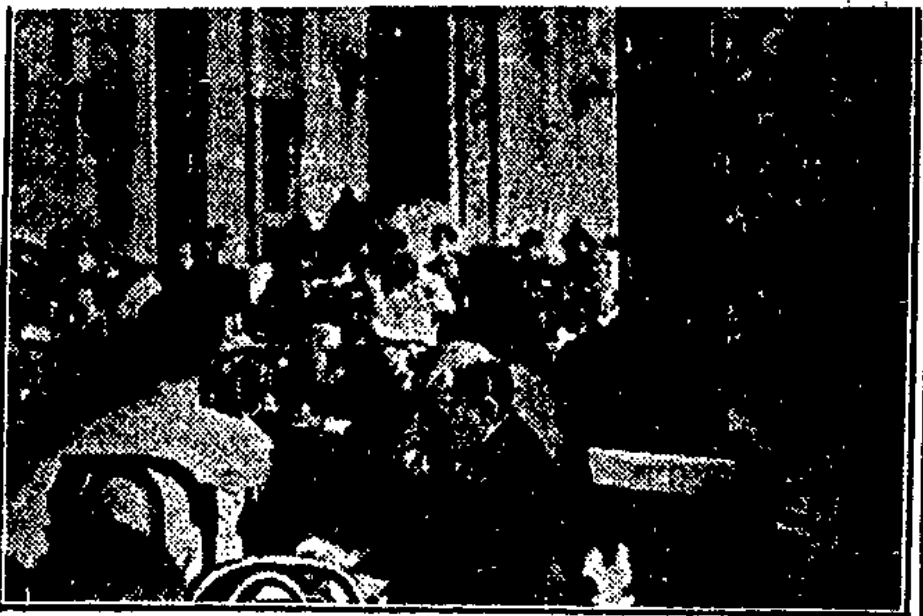
Lenin hat auf Bewegung immer ein sehr großes Gewicht gelegt. 1905 schreibt er an die Dörfner Genossen:

„Nehmt ihr Arbeiter in das Komitee auf? Dies ist notwendig. Warum tretet ihr nicht in unmittelbare Fühlung mit den Arbeitern? Kein einziger Arbeiter schreibt für den „Wperjod“. Es ist ein Skandal! Wir müssen unbedingt Dutzende von Arbeiterkorrespondenten haben. Ich bitte sehr darum, diesen Teil des Briefes nicht nur allen Komiteemitgliedern, sondern auch allen Agitatoren und Organisatoren der Mehrheit vorzulesen.“

Trotzdem die Arbeiterkorrespondentenbewegung besonders in Deutschland einen großen Fortschritt erzielt hatte, ist es nicht

unzeitgemäß, wieder seine Worte zu wiederholen, weil von der politischen und innerparteilichen Wichtigkeit der Arbeiterkorrespondentenbewegung noch nicht alle Parteigenossen so überzeugt sind, wie unser großer Führer Lenin. Nach den letzten Erfahrungen können wir auch hinzufügen, daß die journalistische Bedeutung der Arbeiterkorrespondenzen auch noch sehr unterschätzt wird. Nur die Arbeiterkorrespondenzen können einer kommunistischen Zeitung den eigenartigen Wert geben, der sie fähig macht, mit den milliardenschweren Zeitungskonzernen bei den Massen einen siegreichen Kampf aufzunehmen und sich in Massenorgane zu verwandeln.

Lenin zeigt den kommunistischen Zeitungen und den Arbeiterkorrespondenten den Weg. Wir müssen das Ziel erreichen, das er uns gewiesen hat: daß die Zeitung nicht nur ein kollektives Propaganda- und kollektives Agitationsorgan, sondern auch ein kollektives Organisationsorgan sein soll.



Lenin auf dem 2. Kongress der Komintern

tung und Heranziehung der Mitarbeiter. In diesem Brief erklärt er:

... das ist die falsche Ansicht, daß nur die Literaten (im beruflichen Sinne des Wortes) imstande sind, mit Erfolg an dem Organ mitzuarbeiten. Im Gegenteil, das Organ wird nur dann lebendig und lebensnotwendig sein, wenn auf fünf leitende und ständige Mitarbeiter fünfhundert und fünftausend Nichtliteraten kommen.

Wir bitten alle, mit uns zu korrespondieren — und besonders die Arbeiter. Gebt den Arbeitern größere Möglichkeit, an unsere Zeitung zu schreiben, und zwar über alles zu schreiben, möglichst viel über das alltägliche Leben, über ihre Interessen, über ihre Arbeit. Ohne dieses Material wird das sozialdemokratische (1904 hieß die Partei noch „Sozialdemokratische Partei“) Organ keinen Groschen wert sein und die Bezeichnung sozialdemokratisch nicht verdienen.

Schreibt uns über die Gespräche in den Arbeiterzirkeln, über den Charakter derselben, über die Fragen der Arbeiter, über die Art der Propaganda und Agitation, über die Verbindung in der Öffentlichkeit mit dem Militär und mit der Jugend, schreibt mehr über die Unzufriedenheit unter den Arbeitern (mit uns Sozialdemokraten), über ihre Fragen, Proteste usw. Diese praktischen Fragen sind namentlich jetzt sehr interessant, und es gibt keine andere Mittel, die Redaktion mit ihnen bekannt zu machen, als den lebhaften kameradschaftlichen Briefwechsel. Allerdings, nicht jeder kann und will uns schreiben — aber sage nicht: ich kann nicht, sondern ich will nicht. Wenn ihr wollt, dann werden sich in jedem Zirkel, ja sogar in der kleinsten unwichtigen Gruppe (und die sind besonders interessant, denn sie führen oft den wichtigsten, wenn auch unsichtbaren Teil der Sache aus), ein oder zwei Genossen finden, die zu schreiben verstehen. Laßt vor allem die jungen Parteil Arbeiter, die Jugend, die Arbeiter, die Zentralisten und Organisatoren und die einfachen Mitglieder an uns schreiben, nur dann und nur unter der Bedingung eines solchen breiten Briefwechsels sind wir imstande, unsere Zeitung zu einem wirklichen Organ der Arbeiterbewegung aufzulands zu machen.“

Aus diesen Ausführungen ist ersichtlich, daß neben den ungeheuer wichtigen Quellen der Information die Arbeiterbriefe auch den äußeren Charakter der Zeitung bestimmen sollten. Die-

Die Wand

Der junge Lenin

Wladimir Ilijitsch wurde in der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember in seiner Wohnung verhaftet und mußte mehrere Tage mit anderen Verhafteten (insgesamt 40 Mann) im Gefängnis zubringen. Sie alle wurden aus Kasan ausgewiesen. W. W. Uzarowski erzählt folgendes, ihm später von Wladimir Ilijitsch mitgeteiltes Gespräch, das Lenin mit dem Polizeioffizier (Prisstraff) hatte, der ihn nach der Verhaftung abgeführt hatte.

Was wollen Sie mit ihrem Aufruhr, junger Mann — sehen Sie nicht, daß Sie gegen eine Wand anrennen.

Eine Wand, ja, aber eine morsche, die nur einen Stoß braucht, um zusammenzustürzen, erwiderte Wladimir Ilijitsch schlagfertig.

(A. Zelisarowa „Ueber das Leben von W. I. Ujanow — Lenin in Kasan“, 1887—1889).

(Arbeiterkorrespondenz)

Es war an der Ostfront Anfang 1916. Mein Truppenteil war damals der 31. Landwehrdivision einverleibt. Wir standen in der Gegend von Jakobstadt.

Wir alle hatten den Krieg satt. Wir sahen keine Zweckmäßigkeit, wir begriffen, daß wir unser Blut um fremder Interessen willen vergießen mußten und wollten es nicht weiter tun.

Eines Tages tauchte in unserem Schützengraben mit dem Ruf „Kamerad, Kamerad“ ein russischer Soldat auf. Der Feldwebel wollte mit dem Seitengewehr dreinhauen, wir aber drohten schweigend mit den Bajonetten. Der Russe, ein stämmiger Bursche, stand ruhig abseits und wartete der Dinge, die da kommen sollten. Plötzlich, ganz unerwartet für uns, ging er auf mich los, der Hauptanführer der ihn verteidigenden Gruppe umarmte mich, küßte mich auf beide Wangen und zog aus seiner Tasche ein zerknülltes russisches Flugblatt hervor. (Ich habe es noch heute, es trägt die Ueberschrift „Petrograder Kurier“).

Ich drehte das Blättchen hin und her, suchte die Achsel — „kann nicht verstehen“. Er nickte eifertig ein paarmal hinter einander und zog aus der anderen Tasche einen Papierwisch hervor, wo deutsch getipelt war: „Lebt und tut wie geschrieben. Wir sind Arbeitbrüder, müssen einander die Hände reichen. Genug Blutvergießen um fremder Interessen willen. Kommt morgen mittag aus Euren Schützengräben heraus, wir werden Euch entgegengehen.“

Unten stand mit großen sorgfältigen Lettern: „Verwandeln wir den imperialistischen in den Bürgerkrieg!“ Darunter stand „Lenin“. Ich dachte, es wäre der Name des Zettelschreibers.

Etwas zweihundert Kameraden aus unserem Schützengraben beschloßen, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Trotz aller Ueberbedenkungen der Offiziere ließen wir unsere Waffen im Graben und gingen in der Richtung der russischen Positionen.

Die Stimmung der Soldaten war eine derartige, daß die Offiziere es nicht wagten, etwas gegen uns zu unternehmen.

Ein großer Haufen russischer Soldaten wartete auf uns. Und nun, Genossen, wir erwachene, im Krieg verrohten Männer weinten vor Freude, als wir einander die Hände reichten. Viele umarmten einander und tauschten Küsse aus wie alte Freunde. Ich muß sagen, daß ich selbst bei meinem baldigen Wiedersehen mit meinen allernächsten Angehörigen keine so tiefe innere Erregung und Freude gefühlt habe.

Einer der russischen Soldaten, ein Pette, richtete an uns einige Worte in deutscher Sprache, ich streckte ihm die Hand entgegen mit dem Ruf: „Du bist also Lenin!“

Er lachte und schüttelte den Kopf: „Nein, ich bin es nicht, ich bin nur Mitglied der Leninschen Partei, ein Bolschewik.“

Er war sehr erkant, als er merkte, daß dieser Name auf uns keinen Eindruck machte. Von Lenin wußten wir damals noch sehr wenig.

„Kennst du Karl Liebknecht?“ fragte er — „hast du von Rosa Luxemburg gehört? Sie gehen mit Lenin. Lenin“ — und er hob die Hand hoch empor — „Lenin ist unser erprobter Führer. Die Interessen der Arbeiterklasse sind seine Interessen, er kennt keine anderen. Er wird noch zeigen, wer er ist. Jetzt erst beginnt der Krieg — ein Krieg gegen diejenigen, die uns heute in den Krieg hineintreiben.“

So lernte ich zum erstenmal Lenin kennen, in der Person eines seiner treuen Anhänger. Es war der erste Bolschewik, den ich gesehen, wenn ich nicht irre, ein Arbeiter, der „Röhrer-Werke“. Er machte auf mich einen großen Eindruck durch seine Entschlossenheit und seine Begeisterung.

Wir kamen überein, nicht mehr auseinander zu scheiden, und dieses Versprechen wurde beiderseits gehalten. Unser Truppenteil wurde bald, wegen Zerfegung, aufgelöst und weit hinter die Front zurückgezogen.

Lenin, der Lehrer

Lenins ungeheure Ueberzeugungskraft

(Arbeiterkorrespondenz)

Ich bin Eisenbahner, Zugführer. Schon alt. Ich lebe in einem kleinen Land — in der Schweiz. In einer großen Stadt — Zürich.

Mein Haus — ein fahrender Waggon. Meine Straße — die Eisenbahn des ganzen Landes. Meine Gesellschaft — tausende der verschiedensten Leute. Und ich sehe, höre und weiß häufig mehr als die anderen. Ich schaue in die dunkelsten Winkel des Lebens und kämpfe dreißig Jahre gegen diese Finsternis, um die Befreiung der Menschen, die bei uns alle Arbeit leisten und dabei nichts haben. Ich spreche von den Arbeitern. Auf diesen ständigen Wanderungen und in diesem Kampfe stieß ich eines Abends im Jahre 1916 auf einen unterlehten, bescheidenen Menschen mit mächtigem Schädel. Er stand auf der Tribüne des großen Saales des Züricher Gewerkschaftshauses, betrachtete mich, der ich die Tür zugeschlagen hatte, mit zusammengezogenen Augenbrauen und kaum merklich spöttischem Blick.

An diesem Abend erkannte ich, der ich mich für sehend hielt, daß ich blind und taub bin, daß ich jahrzehntlang den Ausweg nicht dort gesucht hatte, wo es nötig ist und daß ich für die Interessen der Arbeiterklasse nicht so gekämpft habe, wie es nötig ist.

Man nannte diesen Menschen Ufanow. Er sprach über die Lehren der ersten russischen Revolution des Jahres 1905. Ich hörte begierig dieser so verständlichen, einfachen und bildreichen Rede zu. Er sprach ohne die gewöhnlichen Rednertrüffel, ohne Pathos und Gemadtheit, ohne Führerpose. Er sprach wie

einer der unseren, wie ein uns nahestehender Mensch über dich und ihn angehende Dinge spricht. Die Klarheit des Gedankens, die ungeheure Kraft der Ueberzeugung, die eiserne Logik seiner Rede nahm dich an die Hand und führte dich durch von ihm weit aufgerissene Türen, auf einen breiten Weg, der das alte zaristische Rußland der Sklaverei direkt zum Sozialismus brachte. Von diesem Abend ab heirat ich, der jahrzehntlang gesucht hat, fest den von Lenin gewiesenen Weg und halte ihn seit diesem denkwürdigen Abend unveränderlich ein.

Ich habe bereits gesagt, daß mein Haus — der Gang im Eisenbahnwaggon ist. Meine Straße sind die Eisenbahnen des ganzen Landes. Und seither trete ich in diesem Hause und auf dieser Straße sowie vor allen Leuten für die Lehre Lenins ein und propagiere sie.

Zusammen mit den Arbeitern der Sowjetunion habe ich den ganzen schwierigen Weg von der Oktoberrevolution bis zum heutigen Siegeszuge des Sozialismus mitgemacht. Ich kämpfte, kämpfe und werde mit ihnen gegen jeden Versuch zur Revision der Lehre Lenins kämpfen und wer gegen die Politik und die Taktik Lenins ist, ist gegen die Arbeiterklasse. Er hilft, ganz gleich wer er ist, dem Feinde der Arbeiterklasse.

Man muß Lenin studieren, um danach zu streben, so wie Lenin zu werden. Jede Kleinigkeit, jeder Wesenszug aus dem Leben, dem Kampf und der Arbeit Lenins, die uns helfen können, Lenin besser zu verstehen und kennen zu lernen und so wie Lenin zu werden, müssen wir uns sorgfältig aneignen und müssen sie studieren.

